

Mut zur Wahrheit: Wie alternativ darf und wie alternativ muss die AfD sein?

Strategiepapier zur Positionsklärung der AfD in grundsätzlichen ideologischen und politischen Fragen

von Wolfgang Gedeon

Fassung vom **29. 12. 2013** (Erstfassung: 6.9.2013)

Internetveröffentlichung unter www.wgmeister.de am 8.12. 2013

Übersicht

- 1.0 Einführung in die Thematik
- 2.0 Das Problem USA-NATO (Geopolitik)
- 3.0 Das EU- und Euro-Problem
- 4.0 Das Problem der Migration und des politischen Islamismus
- 5.0 Zusammenfassung und Ergänzungen
- 6.0 Zur ideologischen Problematik verschiedener Gesellschaftsmodelle (über ethnokulturelle Homogenität, Multikulturalismus usw.)
- 7.0 Nationalismus, Supranationalismus und Globalisierung
- 8.0 Das Problem des Laizismus und die Frage der Leitkultur
- 9.0 Was ist Identität allgemein und was bedeutet „europäische Identität“?
- 10.0 Totalitarismus-Theorie und Kampf gegen Rechts:
- 11.0 Zur Charakteristik der AfD
- 12.0 Fragebogen zu diesem Diskussions-Papier

1.0 Einführung in die Thematik

Die AfD wurde ad hoc gegen die Euro-Rettungspolitik der deutschen Bundesregierung gegründet, die für ihre Maßnahmen provokanterweise auch noch "Alternativlosigkeit" beanspruchte. Nachdem durch das Versagen der C-Parteien und auch der SPD die Mitte des deutschen Parteienspektrums schon seit längerem ausgelaugt ist, gibt es ein großes Potenzial von Leuten, denen es nicht nur um eine währungspolitische Alternative zum Euro geht, sondern um eine mehr oder weniger fundamentale Opposition zur Politik der etablierten Parteien insgesamt, von der CSU bis zur PDS-Linke. Schon lange haben diese Menschen auf eine Partieneugründung in diesem Sinn gewartet, und so strömten sie jetzt in großer Zahl in die AfD.

Die AfD hat damit zwei spezifische Probleme:

- Sie ist nicht organisch gewachsen, sondern im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl relativ abrupt aus der Taufe gehoben worden.
- Sie ist in besonderer Weise politisch heterogen, d. h. Art und Ausmaß der Opposition gegenüber dem politischen System sind bei ihren Mitgliedern sehr unterschiedlich.

Die Lösung dieses Problems liegt nun in der Erarbeitung des Parteiprogramms. In der Diskussion darum kann und muss sich die AfD zu einer politischen Einheit entwickeln. Die Programmarbeit ist sozusagen wesentliches Element des Selbstfindungsprozesses der Partei. Vor der Bundestagswahl konnte dieser Prozess umständehalber nur auf Sparflamme stattfinden. Jetzt freilich muss er für die nächsten ein bis zwei Jahre das vorrangige politische Thema der AfD bleiben.

1.1 Die drei großen politischen Probleme, an denen sich in den nächsten Jahrzehnten das Schicksal Deutschlands entscheiden wird, sind

1. das Problem USA-NATO (Geopolitik);
2. das Problem EU und Euro (Europapolitik);
3. das Problem Migration (Innenpolitik).

Beim ersten Problem geht es um die politische Abhängigkeit Deutschlands und Europas von den USA; um die Frage: Wie dankbar müssen die Deutschen den Amerikanern wirklich sein? Auch darum, ob politische Entscheidungen weiterhin mit Ereignissen des Zweiten Weltkriegs legitimiert werden dürfen.

Zum ersten wie zum zweiten Problem gehört die internationale Finanzpolitik, die den Interessen der internationalen Großbanken absoluten Primat zukommen und diese mit der Begründung „systemrelevant“ in unbegrenztem Ausmaß durch die Steuerzahler subventionieren lässt.

Beim dritten Problem geht es auch um den politischen Islamismus (in Deutschland vor allem ein türkischer und mit dem Namen *Erdogan* verknüpft), der die Migration in Europa systematisch nutzt, um einen (islamischen) Staat im Staate zu etablieren.

1.2 Ideologisch geht es um folgende Hauptprobleme:

1. das Problem des Multikulturalismus. Hier lautet die Frage: Wollen wir eine Minderheiten- Gesellschaft, in der verschiedene Minderheiten miteinander konkurrieren und versuchen, im politischen Wettbewerb möglichst viele der eigenen Interessen umzusetzen (*Multi-Communities-Gesellschaft*) ? Oder wollen wir eine Mehrheitsgesellschaft, die von einem über das bloße Einhalten

rechtlicher Normen hinausgehenden Wir-, d. h. Gemeinschaftsgefühl zusammengehalten wird (*Frage der kollektiven Identität*) ?

2. das Problem von Nationalismus und Supranationalismus, das sich hinter dem Begriff *Globalisierung* versteckt;
3. das Problem des Laizismus: Wieviel Religion verträgt Politik, wieviel benötigt sie unbedingt? Sind bei uns in Europa alle Religionen politisch gleich zu behandeln (Zuckerfest = staatlicher Feiertag? Bau von *Großmoscheen* durch Saudi-Arabien und die Türkei? Kein Schweinefleisch mehr in Schulkantinen? Kein Schwimmunterricht für Mädchen? Beschneidung von Knaben? usw.). Wie radikal kann und darf der Laizismus sein, oder ist er nicht selbst als (säkulare) Zivilreligion zu sehen, die versucht, sich mit einer quasisakralen Ideologisierung von Menschenrechten und Demokratie über die anderen Religionen zu stellen?
4. das Problem des „Kampfes gegen Rechts“, der als politische Theorie und Strategie das Anti-Totalitarismus-Konzept der alten Bundesrepublik verdrängt hat.

1.3 Es ist unabdingbar, dass in der AfD bezüglich der unter 1.1 und 1.2 genannten Probleme eine gewisse grundsätzliche Einigkeit erreicht wird. Ohne eine solche wird es nicht nur kein tragfähiges Programm, sondern innerhalb kurzer Zeit auch keine AfD mehr geben, und ohne diesbezügliche Fortschritte macht es auch wenig Sinn, alle möglichen Kommissionen zu programmatischen Einzelproblemen einzurichten.

2.0 Das Problem USA-NATO (Geopolitik)

Position A

Die USA betreiben eine aggressive Supermachtspolitik. In vielfacher Weise missachten sie völkerrechtliche Standards. Sie verwanzten UNO- und EU-Gebäude und hören „befreundete“ Regierungen ab. Sie behandeln europäische und noch mehr südamerikanische Staaten wie Bananenrepubliken. Auf US-Befehl müssen Frankreich, Italien, Spanien und Österreich dem bolivianischen Präsidenten Morales den Luftraum sperren und sein Flugzeug durchsuchen.

Die Deutschen werden von den USA als „drittklassiger“ Bündnispartner behandelt, demgegenüber nicht nur Wirtschaftsspionage (*Echelon*) selbstverständlich ist. Gegen den erklärten Willen des Deutschen Bundestags (parteienübergreifender Mehrheitsbeschluss vom März 2010) lagern die Amerikaner beispielsweise weiterhin Atomwaffen in der Eifel und lassen sich diese sogar noch auf Kosten des deutschen Steuerzahlers modernisieren. Im hessischen Griesheim und demnächst in einem Sondergebäude in Wiesbaden betreiben sie weltweit agierende Ausspähzentren, extraterritorial und deutschen Behörden nicht zugänglich, und steuern von deutschen Stützpunkten aus (Stuttgart, Ramstein) völkerrechtswidrige Drohneneinsätze.

Des weiteren schüren die USA auf der ganzen Welt politische Unruhen bis hin zu Bürgerkriegen (Georgien, Ukraine, Libyen, Ägypten, Syrien usw.) und führen gegebenenfalls auch Bombenkriege mit Tausenden toter Zivilisten (Kosovo, Irak, Afghanistan usw.). Das Chaos und Elend, das sie hinterlassen, nutzen sie für ihre geostrategischen und ökonomischen Interessen. In den letzten fünf Jahren haben sie nur mit Drohneneinsätzen über 4000 Menschen getötet, von denen nach Untersuchungen an der Stanford University nur 2 % personenmäßig identifiziert waren. Bei den übrigen 98 % handelte es sich um nicht identifizierte Personen, um unbeteiligte Zivilisten, um zahlreiche Kinder usw.!

Um diese Politik zu beenden und nicht weiter an ihr mitschuldig zu werden, wäre es notwendig, das westliche Bündnis in den nächsten Jahren vorsichtig aufzubrechen. Deutschland sollte, zusammen mit anderen europäischen Staaten, die politische und wirtschaftliche Kooperation mit sog. BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), vor allem mit Russland, systematisch intensivieren und so einen Gegenblock zum unter amerikanischer Führung stehenden „Rest-Westen“ bilden.

Position B

Trotz zahlreicher Schwächen der amerikanischen Außenpolitik und einer vielfach berechtigten Kritik an ihr sind die USA nach wie vor die einzige militärische Macht, die global die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten fördern und verteidigen. Gerade für Deutschland wäre es ein gefährliches Abenteuer, aus dem westlichen Bündnis auszuscheren. Denn nur das transatlantische Bündnis mit den USA kann uns weiterhin Frieden, Demokratie und Wohlstand sichern.

[siehe Fragebogen F1]

2.1 Zur NATO speziell

Position A

Die NATO ist das wichtigste Instrument der USA, sich Europa unterzuordnen, und damit auch das entscheidende Instrument für die globale Supermachtposition der USA. Wenn Europa nicht Euramerika bleiben, sondern wirklich Europa werden will, muss es sich von den USA emanzipieren und mittelfristig die NATO durch ein rein europäisches Militärbündnis, also ein Bündnis ohne USA, ersetzen. Das neue europäische Militärbündnis muss sich auch *militärische* Bündnisoptionen mit anderen Staaten und Staaten-Bündnen vorbehalten, zum Beispiel mit den sog. BRICS-Staaten, siehe oben.

Position B

Die NATO ist langfristig alternativlos die militärische Option für Deutschland und Europa. Jedes Ausscheren würde die deutschen Sicherheitsinteressen nachhaltig gefährden.

[siehe Fragebogen F2]

2.1.1 Zu Edward Snowden

Position A

Edward Snowden ist ein mutiger Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie. Es wäre nicht abwegig, ihm den Friedensnobelpreis zuzuerkennen.

Position B

Edward Snowden hat hochwertige militärische Geheimnisse der USA verraten und sollte den amerikanischen Behörden überstellt werden.

[siehe Fragebogen F2a]

2.2 Naher Osten, Atomwaffenmonopol

Position A

Die Existenz des Staates Israel ist durch seine Nachbarn, insbesondere den Iran, permanent bedroht. Von daher ist es legitim, wenn Israel als einziger Staat im Nahen Osten Atomwaffen besitzt und gegebenenfalls auch militärisch verhindert, dass andere Staaten hier atomar aufrüsten.

Position B

Auch die Nachbarstaaten Israels fühlen sich durch die israelische Politik existenziell bedroht. Schließlich hat Israel das 1947 von der UNO zugewiesene Territorium durch militärische Expansion um das Sechsfache vergrößert. In der Auseinandersetzung zwischen Israel und Iran geht es nun im Wesentlichen um ein Atomwaffenmonopol Israels. Es ist nicht einzusehen, warum *ein* Staat, nämlich Israel, Atomwaffen haben soll, die anderen Staaten, zum Beispiel der Iran, aber nicht.

[siehe Fragebogen F3]

2.3 Israel, „Staatsräson“

Position A

Zum Verhältnis Israel – Palästinenser: Die Siedlungspolitik Israels in Ostjerusalem und im Westjordanland ist völkerrechtswidrig. Deutschland und Europa müssen deshalb gegebenenfalls wirtschaftliche und andere Sanktionen gegen Israel durchführen, um diesen Rechtsbruch zu beenden und den Palästinensern zu ermöglichen, einen lebensfähigen eigenen Staat zu errichten.

Position B

Deutschland anerkennt zwar die Legitimität der palästinensischen Forderungen, lehnt aber, schon aus historischen Gründen, jedwede Sanktionen gegen Israel ab.

[siehe Fragebogen F4]

2.4 Kriegerische Auseinandersetzungen in Nahen Osten

Position A

Deutschland verhält sich bei kriegerischen Auseinandersetzungen Israels mit den Palästinensern oder dem Iran absolut neutral und unterstützt weder direkt noch indirekt eine der beiden Seiten.

Position B

Bundeskanzlerin Merkel hat zu Recht betont, dass es zur deutschen Staatsräson gehöre, Israel im Ernstfall auch militärisch zu unterstützen. Das gilt für einen möglichen Krieg mit dem Iran wie auch für andere Auseinandersetzungen, in die Israel verwickelt wird.

[siehe Fragebogen F5]

3.0 Das EU- und Euro-Problem

Der Euro wurde vor der politischen Klasse in Deutschland gegen den Mehrheitswillen der deutschen Bevölkerung eingeführt. Die Initiative ging von den Franzosen aus, die die D-Mark als „deutsche Atombombe“ betrachteten. Mit der Abschaffung der D-Mark hofften sie, die deutsche Vorherrschaft innerhalb der EU nachhaltig brechen zu können. Kohl gab dem französischen Druck nach, weil er glaubte, die deutsche Wiedervereinigung sonst nicht zu bekommen.

Nach einigen Jahren Euro wird nun ersichtlich, dass dieser Europa wirtschaftlich (in Gläubiger- und Schuldnerstaaten) und auch politisch zu spalten droht. Wirtschaftlich führt er zum Bankrott sowohl der Gläubiger- als auch der Schuldnerstaaten. In Letzteren führen radikale Sparmaßnahmen schon kurzfristig zum Zusammenbruch der Wirtschaft (Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum). In den Geberstaaten dagegen kommt es zum finanzpolitischen GAU, sobald die ersten größeren Bürgschaften, die man unterschrieben hat, eingelöst werden müssen. Durch strenge Sparpolitik wird der Untergang der Südstaaten, durch Fortführung der Schuldenfinanzierungspolitik der Nordstaaten beschleunigt – für beide also in absehbarer Zeit ein wirtschaftliches Debakel!

Wenn auch auf den ersten Blick nicht ersichtlich, so hatten auch die US-Amerikaner ein großes Interesse an der Einführung des Euro. Sie erkannten, dass angesichts der Verschiedenheit der politischen Kulturen in Europa eine Vereinigung des Kontinents innerhalb des westlichen Koordinatensystems nur durch eine währungspolitische Zwangsmaßnahme umzusetzen war. Die gemeinsame Währung *Euro* sollte das zusammenzwingen, was politisch und wirtschaftlich nicht, oder zumindest noch nicht, zusammengehörte.

Frau Merkel verkündet nun überall: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Dieses Statement gilt freilich nur für das Brüsseler Projekt, das Europa auf Gedeih und Verderb ins westliche Bündnis einbindet und die europäischen Staaten, vor allem Deutschland, damit siamesisch an die USA fesselt. Um dieses für ihre Weltmachtposition unverzichtbare *amerikanisierte* Europa zu erhalten, stellt für die USA der Euro das notwendige Korsett dar. Deshalb üben sie permanent großen Druck auf die deutsche Regierung aus, die Schulden der Südländer zu übernehmen und so das Fortbestehen des Euro zu garantieren.

3.1 Insgesamt hat die EU und damit der Euro für die USA folgende geopolitische Bedeutung:

- eine Schwächung des vor allem *wirtschaftlichen* Konkurrenten Deutschland;
- eine Schwächung des geopolitischen Rivalen Russland;
- die feste Einbindung der Türkei ins westliche Bündnis, was für die Geopolitik der USA im Nahen Osten von großer Bedeutung ist.

Der Rivale Deutschland soll also durch Übernahme von Megaschulden anderer EU-Staaten wirtschaftlich entscheidend geschwächt werden. Da Deutschland seine internationale politische Stärke ausschließlich aus seiner wirtschaftlichen bezieht, wird es dadurch auch politisch bedeutungslos gemacht. Wie die deutsche Wiedervereinigung, der sie ohne zu zögern zustimmten, bedeutet für die USA auch die Osterweiterung der EU einen essenziellen Baustein ihrer Geostrategie, vor allem gegenüber Russland. Im Wesentlichen sollen damit die vormals dem sowjetischen

Block angehörenden Staaten systematisch ins westliche System eingegliedert und so nachhaltig dem russischen Einfluss entzogen werden.

Dass durch die Aufnahme von Staaten wie Rumänien und Bulgarien, die in jeder Hinsicht noch Jahrhunderte hinter derzeitigem europäischen Standard herhinken, die Integrationsfähigkeit Europas und vor allem Deutschlands völlig überfordert wird, interessiert die USA nicht. Sie betrachten es sogar als weiteren Vorteil im Hinblick auf die wirtschaftliche Schwächung des Konkurrenten Deutschland.

Gleiches gilt für den von der EU rechtlich abgesicherten Zugriff von Millionen Ost- und Südeuropäern auf das deutsche Sozialsystem, die aus diesem System Leistungen beziehen können, ohne je in es eingezahlt zu haben. Über kurz oder lang muss dies zu dessen Zusammenbruch führen. Durch extreme Belastung der deutschen Steuerzahler und Sparer wird man versuchen, den Sozialstaatsbankrott möglichst lange hinauszuschieben. Der deutsche Mittelstand wird dadurch ökonomisch liquidiert werden.

Darüber hinaus ist schon jetzt ersichtlich, dass Diebstahls- und Gewaltkriminalität mit zunehmender innereuropäischer Freizügigkeit dramatisch zunehmen: Alle vier Minuten geschieht in Deutschland ein Diebstahl, und die entsprechende Aufklärungsquote ist minimal. Die Polizei kann diesbezüglich den Bürger nicht mehr schützen. Das Risiko der Bestrafung der Täter schwindet und damit auch das Rechtsstaatsprinzip. Auch der soziale Frieden in Deutschland wird dadurch ernsthaft bedroht.

3.2 Nach Euro-Einführung und EU-Osterweiterung ist der geplante Beitritt der Türkei das dritte politische Großprojekt der EU. Auch hier geht es um das geostrategische Kalkül der US-Amerikaner. Die Türkei soll als fest in den Westen eingebundene regionale Großmacht im Nahen Osten eine Ordnung im Sinne der USA inklusive der Wahrung deren wirtschaftlicher Interessen gewährleisten. Mit allen Mitteln will man verhindern, dass sich die Türkei verselbstständigt und im Bündnis mit anderen muslimischen Staaten, z. B. den Islamisten in Kairo, eine womöglich anti-amerikanische und antiisraelische Politik im Nahen Osten betreibt. Die überwiegende Mehrheit der europäischen Bevölkerung lehnt aber einen EU-Beitritt der Türkei ab -- nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus kulturellen Gründen. Sie ist nicht bereit, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen amerikanischer Geopolitik zu opfern.

3.3 Nicht zuletzt ist die EU für die Europäer insofern eine politische Bedrohung, als durch Brüssel sehr viel Demokratie und Selbstbestimmung in Europa vernichtet werden. Dabei ist die zentralistische Bürokratie, die von der Bananenkrümmung bis zur Glühbirne alles regulieren will, noch das Harmloseste. Gefährlich für die Demokratie ist es, wenn die EU versucht, den Nationalstaaten durch teilweise putschistische Methoden immer mehr politische Souveränität zu entreißen. Zum Beispiel wurden die Abstimmungen zur geplanten EU-Verfassung einfach nicht beachtet und durch den Lissabon-Vertrag zu Makulatur gemacht. In anderen Fällen, zum Beispiel in Irland, wurde solange abgestimmt, bis das Ergebnis „stimmt“. In der Slowakei und in Griechenland wurden demokratische Regierungen über Nacht quasi putschistisch abgesetzt und durch „EU-Experten“ und andere Brüssel-kompatible Kräfte ersetzt.

Schließlich bedeutet die von der EU systematisch betriebene Justitiabilisierung des rot-grünen Antidiskriminierungswahns eine zunehmende Einschüchterung und

Beschneidung der Rechte der europäischen Mehrheitsbevölkerung, worauf unten noch näher eingegangen wird.

3.4 Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang noch die Privatisierungspolitik der EU, durch die private Konzerne ihre Profite zulasten der europäischen Verbraucher maximieren können. Von der Privatisierung der Deutschen Bahn und deutscher Autobahnen bis hin zur Trinkwasserversorgung ist hier alles möglich. Die gigantischen Finanztransfers schließlich, die unter der Regie der EU im Rahmen der Euro- und Bankenrettung von den europäischen Steuerzahlern an die internationalen Großbanken geleistet werden, sollen nicht weiter behandelt werden. Sie sind hinlänglich bekannt.

3.5 Abgesehen von konkreten Inhalten der EU-Politik geht es vor allem darum, die diesbezüglichen EU-Verträge, vor allem den Maastricht-Vertrag und den Lissabon-Vertrag, entscheidend zu revidieren und bezüglich der Souveränität der Nationalstaaten zum Status von vor 1992 zurückzukehren. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ erscheinen immer mehr als letztlich antieuropäisches Monster, das die meisten Europäer nicht wollen. Kehren wir also zurück zur Intention der EU-Gründerväter, zum „Europa der Vaterländer“, wie es Charles de Gaulle formulierte, d.h. einem politisch lockeren Staatenbund souveräner Nationalstaaten mit einer Freihandelszone und einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis à la NATO, freilich ohne die USA!

[siehe Fragebogen F6 und F7]

4.0 Das Problem der Migration und des politischen Islamismus

In Deutschland liegt der Anteil von Menschen mit sog. Migrationshintergrund bei ca. 20 %, was zunächst noch kein Problem wäre, da viele von ihnen gut integriert oder sogar mehr oder weniger assimiliert und eine Bereicherung der deutschen Gesellschaft sind. Wenn man sich freilich die Altersverteilung anschaut, wird es problematischer. Bei den Unter 18-jährigen liegt der entsprechende Anteil bei etwa einem Drittel, bei Unter 12-jährigen ist er noch höher. Die Fortführung der bisherigen Einwanderungspolitik würde bedeuten, dass in 2-3 Generationen die Deutschen nur noch eine Minderheit in Deutschland wären, die sich dann in eine multikulturelle Gesellschaft zu integrieren hätte – sicherlich eine existenzielle Frage unseres Landes, die der Bevölkerung eindringlich bewusst gemacht werden muss. Will die Bevölkerungsmehrheit eine solche Entwicklung nicht, will sie am deutscheuropäischen Charakter des Staates festhalten, in den sich die Ausländer zu integrieren haben und nicht umgekehrt, dann muss die bisherige Politik grundsätzlich geändert und überlegt werden, welche Maßnahmen diesbezüglich sinnvoll und legitim sind.

Anstatt nun diese existenzielle Frage unserer Gesellschaft offen zu thematisieren, wird das Thema unter rot-grünem Meinungsdruck in die politische Schmutzdecke gedrängt, und jeder, der es aufgreift, als „fremdenfeindlich“ und „rechts“, womit man rechtsextrem meint, diffamiert. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der AfD, in dieser Gesellschaft wieder eine geistige Atmosphäre zu schaffen, in der dieses Thema offen und frei von rotgrünen Einschüchterungsversuchen diskutiert werden kann.

Nun sind die jüngsten geschichtlichen Erfahrungen Europas, was ethnokulturell heterogene Gesellschaften anlangt, eindeutig, z.B. in Jugoslawien oder der Sowjetunion oder, etwas weniger ausgeprägt, in der Tschechoslowakei: Durch kommunistische Zwangspolitik wurde zusammengehalten, was sich nicht zusammengehörig fühlte. Sobald das kommunistische Korsett wegfiel, brachen diese Staaten auseinander, wobei es besonders in Jugoslawien zu blutigen Bürgerkriegen kam.

Auch heute, in Afrika und überall auf der Welt, hören wir von ethnokulturellen Zusammenstößen, und man muss sich fragen, warum ausgerechnet da, wo ethnokulturell relativ homogene Gesellschaften existierten, nämlich in Europa, mit aller Macht die Politik diesen Zustand ändern will -- und dies, obwohl in den meisten Fällen die Bevölkerungsmehrheit es *nicht* will. In einer großen repräsentativen Studie (Bielefeld, 2011), die über zehn Jahre lief und deshalb nicht nur einen ad hoc-Zustand repräsentiert, stimmten 50 % der Befragten der Feststellung zu: „Deutschland wird in einem gefährlichen Maß überfremdet“, und 38 % der Befragten sogar der Feststellung: „Durch die vielen Zuwanderer hier fühle ich mich wie ein Fremder im eigenen Land.“

4-1 Die etablierten Parteien sagen nun, der Rechtsextremismus hätte die gesellschaftliche Mitte erreicht und rechtfertigen ihre bisherige Zuwanderungspolitik einerseits wirtschaftspolitisch, andererseits humanitär: Durch den (im übrigen nicht schicksalhaften, sondern hausgemachten) eklatanten Geburtenmangel hätten wir nicht mehr genügend Nachwuchs zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft und wir bedürften deshalb Arbeitskräfte, vor allem Fachkräfte, aus aller Welt. Nun haben wir heute schon 3 Millionen Arbeitslose, und bei entsprechender Änderung der Wirtschaftslage können es morgen wieder 4, 5 oder gar 6 Millionen sein. Anstatt Fantasie zu entfalten und kreative Lösungen zu finden, dieses Menschenpotenzial für den Arbeitsmarkt auszuschöpfen, zieht man es vor, immer mehr Ausländer nach Deutschland zu holen. Für die Industrie mag dies bequemer sein. Wenn sie dann die Arbeitskräfte nicht mehr benötigt, werden diese einfach wieder entlassen und der staatlichen Fürsorge, also dem Steuerzahler, überlassen.

Man mag nun erwidern, dass man vielleicht bei ungelernten Tätigkeiten auf die eigene Arbeitslosen-Reserve zurückgreifen könne, nicht aber bei Fachkräften. Auch dieses Argument rechtfertigt nur sehr begrenzt einen Fachkräfte-Import. Nehmen wir einmal das Beispiel *Medizin!* Tausende von Ärzten, vor allem aus Osteuropa, kommen nach Deutschland und arbeiten hier, zum Teil sogar ohne Deutschkenntnisse. Dabei weiß jeder Insider und zum Teil auch schon das aufgeklärte Publikum, dass Vieles, was in der modernen Medizin, insbesondere im operativen Bereich, geschieht, unnötig und mitunter sogar gefährlich für den Patienten ist. Anstatt die durch den Ärztemangel entstandene Situation als Chance zum Umdenken zu begreifen, um sich wieder auf das Wesentliche zu beschränken, importiert man Ärzte aus aller Welt.

Auch was die übrige Industrie anlangt, sollte man bedenken: Ein so hoher Exportanteil wie in der deutschen Wirtschaft löst nicht nur unliebsame Reaktionen anderer Staaten aus (Obama forderte sogar eine prozentuale Quotenbeschränkung für den deutschen Export), sondern stellt auch eine einseitige Abhängigkeit dar, die eine solche Wirtschaft wesentlich krisenanfälliger macht gegenüber einer, in der ein gewisses Gleichgewicht zwischen Export, Import und Binnenmarkt besteht. In diesem Sinne könnte also die deutsche Wirtschaft den so pathetisch beklagten Arbeitskräftemangel als Chance für sinnvolle und notwendige Reformen begreifen.

Die wirtschaftspolitische Begründung der Zuwanderung hat auch noch den üblen Beigeschmack, dass wir den Auswanderungsländern die besten Leute wegnehmen („brain gain“). Das gilt nicht nur für Fachkräfte, hier aber besonders: In Osteuropa sind inzwischen ganze Landstriche ohne ärztliche Versorgung. Das Problem besteht aber auch bei vielen Zuwanderern ohne fachliche Qualifikation. Kehren doch junge dynamische Leute ihrer Heimat den Rücken und begeben sich auf Zu-Wanderschaft nach Deutschland, die in ihren eigenen Staaten dringender gebraucht würden, um dort neue politische und gesellschaftliche Strukturen aufzubauen und ihre Länder langfristig aus der jetzigen Misere heraus zu bekommen. „Grüne“ Einwanderungspolitik schadet langfristig auch den Auswanderungsländern.

4.2 Das zweite Argument für die Begründung massenhafter Zuwanderung in Deutschland und Europa ist humanitär: Notleidenden Menschen, ob politisch verfolgt oder nur Wirtschaftsflüchtlingen, müsse einfach geholfen werden! Wer könnte so inhuman sein und hier widersprechen? Obwohl man ansonsten mit dem Christentum nicht mehr viel am Hut hat, beruft man sich sogar auf das Evangelium: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Dabei wird der zweite Teil („wie dich selbst“) geflissentlich übersehen.

In Medizin und Psychologie kennt man sehr wohl eine Nächstenliebe ohne Selbstliebe und bezeichnet sie psychopathologisch als „Helfersyndrom“: Personen mit schwacher eigener Persönlichkeit gehen im Anderen, im Fremden auf und verlieren sich in exzessiven Hilfe-Maßnahmen. Es kommt zur Erschöpfung, zum Burn-out-Syndrom, zum gesundheitlichen Zusammenbruch. Die Betroffenen können dann niemandem mehr helfen. Solch ein kollektives Helfersyndrom ist gerade in Deutschland im Zusammenhang mit der Zuwanderung weit verbreitet und wird von rot-grüner Politik systematisch missbraucht. Man hilft und hilft und lässt immer mehr Zuwanderer ins Land strömen, ohne sich zu fragen: Können wir das überhaupt verkraften? Können wir die überhaupt alle integrieren? Können wir in Deutschland die sozialen Probleme der ganzen Welt lösen, und soll unserer alten Tradition gemäß jetzt am deutschen *Sozialwesen* die Welt genesen?

In der Medizin erlebt man, dass dies individuell zum Zusammenbruch führt. Kollektiv-politisch dürfte es nicht anders sein. Im Übrigen ist die humanitäre Argumentation auch ökonomisch unsinnig: Mit der Geldmenge, die der deutsche Staat monatlich für einen Asylanten ausgibt, könnte im Sudan ein Kinderheim mit 30 Kindern betrieben werden. Wer also wirklich humanitär wirken und seine ökonomischen Ressourcen dabei optimal nutzen will, muss dies in der Entwicklungshilfe- und nicht in der Zuwanderungspolitik tun!

Schließlich höhlt es auch den Rechtsstaat aus, wenn die meisten Asylanträge abschlägig beschieden werden und die Betroffenen dann dennoch nicht abgeschoben werden, sondern für Jahrzehnte ein Bleiberecht bekommen. Wozu überhaupt der ökonomische und juristische Aufwand? Es hat sich in der ganzen Welt herumgesprochen, dass man in Deutschland auch Bleiberecht bekommt, wenn der Asylantrag abgelehnt wird. Dadurch erreicht man eine Sogwirkung mit einem weiteren Anstieg der Asylantenzahlen. Zuwanderung stellt so, vor allem im Hinblick auf die Sozialkassen, keine Bereicherung, sondern eine relevante wirtschaftliche Belastung des Staates dar.

4.3 Durch Immigranten aus *fremden* Kulturkreisen fühlt sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung psychologisch überfordert und quasi einer Art politischer Zwangsehe ausgesetzt. Auch durch andere Begleitumstände der Zuwanderung, wie Parallelgesellschaften, Kriminalitätsproblem etc., leidet zunehmend der soziale Friede im Lande; nicht zuletzt auch deswegen, weil Migranten und deren Lobbyorganisationen immer offensiver, um nicht zu sagen aggressiver, ihre Forderungen vortragen:

- nach eigenen staatlichen Feiertagen (Zuckerfest);
- nach einer doppelten Staatsbürgerschaft, die von ihrem Wesen her keine Antidiskriminierungs-, sondern eine *Privilegierungsmaßnahme* ist!
- nach Migrantenquoten im öffentlichen Dienst; vielerorts schon inoffiziell durchgesetzt: Grundgesetzwidrig sollen fremdstämmige Bewerber für den öffentlichen Dienst per Quote gegenüber einheimischen bevorzugt werden.

Auch das individuelle Verhalten zahlreicher Migranten wird immer ein- und anklagender: einklagend insofern, als man nicht nur nicht bittet und schon gar nicht sich bedankt, wenn man Sozialleistungen erhält, sondern mit großer Selbstverständlichkeit solche durch Demonstrationen, Sitz- und Hungerstreiks und schließlich Klagen vor Gericht einfordern zu können glaubt. Anklagend insofern, als man immer häufiger aus nichtigem Anlass einheimische Bürger der Diskriminierung bezichtigt und polizeilich anzeigt, wobei „Diskriminierung“ bzw. das, was man dafür hält, immer weitgehender ausgelegt wird.

Das Bedürfnis nach einem Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik ist deshalb, wie unter anderem die Sarrazin-Diskussion gezeigt hat, groß und geht durch alle Bevölkerungsschichten.

4.4 Sarrazin brachte seine Kritik auf die Formel: *Erwartungs- statt Willkommenskultur*. Im AfD-Programm ist diesbezüglich von kanadischen Einwanderungsbedingungen die Rede, was aufgeschlüsselt unter anderem bedeuten sollte:

- Es werden wieder strenge medizinische Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen beachtet. Viele Zuwanderer aus Osteuropa haben beispielsweise Tuberkulose und viele aus Asien, besonders der Türkei, verschiedene Formen von Hepatitis. Über die Hälfte der in Deutschland behandelten Hepatitis B-Fälle sind Zuwanderer!
- Auch das Alter muss bei Zuwanderung eine Rolle spielen. Wir brauchen nicht noch mehr Alte, davon haben wir schon genug.
- Es müssen Leistungskriterien für die Aufenthaltsgenehmigung angesetzt werden. Nur Menschen mit einem entsprechenden Ausbildungs- und Leistungsprofil kommen infrage.
- Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit werden maximal ein Jahr bezahlt.
- Die kulturelle Kompatibilität muss bei der Zuwanderung berücksichtigt werden. 50 % der deutschen Bevölkerung halten beispielsweise den Islam für eine „gefährliche“ Religion – eine in der Geschichte verwurzelte Erfahrung der europäischen Bevölkerung, die man nicht mit einer Handbewegung als „Vorurteil“ abtun kann, siehe unten.
- Im Falle von Straffälligkeit muss (bei Strafen über einem Jahr) Abschiebung erfolgen. Abschiebung ist nicht eine Maßnahme des Rechtsterrorismus, wie rotgrüne Agitation es darstellt, sondern eine des Rechtsstaats, die der Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens dient.

[siehe Fragebogen F 8]

4.5 „Armutszuwanderung aus Osteuropa“

Position A

Für die sog. Armutszuwanderung aus Osteuropa (Sinti und Roma) bedarf es zusätzlicher finanzieller und sozialer Mittel, um das Problem zu lösen.

Position B:

Zur Lösung des Problems ist das Schengener Abkommen auszusetzen bzw. zu ändern mit dem Ziel, diese Zuwanderungsform weitgehend zu unterbinden. [siehe Fragebogen F 9]

4.6 NSU-Prozess

Position A

Der mediale und juristische Aufwand im Falle des Münchner NSU-Prozesses ist gerechtfertigt und berücksichtigt adäquat die Gefahr des Rechtsterrorismus.

Position B:

Der mediale und juristische Aufwand im Falle des Münchner NSU-Prozesses ist übertrieben und lässt eine Überschätzung der offiziellen deutschen Politik im Hinblick auf vom Rechtsterrorismus ausgehende Gefahren vermuten. Durch diese Überschätzung könnten in Zukunft menschliche und finanzielle Ressourcen gebunden werden, die bei der Abwehr größerer Gefahren (z.B. islamistischer Terrorismus) fehlen.

[siehe Fragebogen F 10]

4.7 Die großen Flüchtlingsbewegungen stellen eine Herausforderung an alle Staaten der Welt dar, besonders natürlich an die wirtschaftlich prosperierenden. Auf der einen Seite können wir nicht alle, die da kommen wollen und der Hilfe bedürftigen, bei uns aufnehmen, ohne uns selbst aufzugeben. Auf der anderen Seite können wir auch nicht, gerade wenn man sich die Einzelfälle vor Augen führt, die Leute einfach abschieben und uns nicht darum kümmern, wie es ihnen dann weiter ergeht. Die Lösung dieses gigantischen Problems bestünde in der schon angedeuteten Kombination von Asylpolitik und Entwicklungshilfe. Wir müssen Abkommen mit Staaten in Asien und Afrika abschließen, auf Grundlage derer Migrantendörfer und -städte entstehen können, mit Arbeitsplätzen und funktionierenden sozialen Strukturen. Gerade *die* Migranten, die bei uns schon einige Zeit gelebt haben, könnten die hier gesammelten Erfahrungen in ihre Kulturkreise zurückbringen. Wenn ein Hungernder bittet, so heißt es in einem alten Spruch, dann gib ihm keinen Fisch, sondern eine Angel: **Hilfe zur Selbsthilfe und Hilfe vor Ort!** Es gilt, Barmherzigkeit mit Fantasie zu verbinden und dabei die eigenen Interessen und den eigenen Selbsterhaltungstrieb nicht zu vergessen. Das wäre die Grundlage einer neuen alternativen Asyl- und Entwicklungspolitik!

4.8 Das Problem des politischen Islamismus

Im Rahmen der Zuwanderung spielt der politische Islamismus eine Rolle. Er wird als solcher in der politischen Öffentlichkeit nicht thematisiert.

Es gibt verschiedene Strömungen des politischen Islamismus, z. B. Mursi mit seinen Moslembrüdern, der im Sommer 2013 durch den Putsch des mit den USA kooperierenden ägyptischen Militärs gestürzt wurde. Das war möglich, weil eine

andere Richtung des politischen Islamismus in Ägypten, nämlich die von den saudischen Wahhabiten unterstützte salafistische Nur-Partei, mit den ägyptischen Militärs zusammenarbeitete -- dies als Beispiel für die Komplexität des Problems!

Für Deutschland ist nun nicht der saudisch-fundamentalistische, sondern der türkisch-nationalistische Islamismus von Bedeutung. Er arbeitet mit den ägyptischen Moslembrüdern zusammen und ist vor allem mit dem Namen *Erdogan* verbunden. Hier einige Zitate von Erdogan:

- „Es gibt nicht Islam und Islamismus, es gibt nur einen Islam. Wer etwas anderes sagt, beleidigt den Islam“.
- „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.
- „Die türkische Gemeinschaft mit ihren drei Millionen Menschen sollte in der Lage sein, in der deutschen politischen Landschaft einen Einfluss auszuüben und einen Druck ausüben, um Beschlüsse zu erwirken. Warum sollten wir nicht Lobbyismus betreiben, um unsere Interessen zu schützen ...“
- Was Erdogan unter Demokratie versteht, erklärt er bildhaft: Sie sei wie ein Zug. „Wenn wir am Bahnhof sind, steigen wir aus.“
- Und was ist der Bahnhof, an dem er ankommen will: "Wir werden die europäische Kultur mit der türkischen impfen, um diese Länder zu türkisierenDie Türken werden die europäische Kultur wesentlich verändern!"
- Schließlich erklärt sein Außenminister Davutoglu die religiöse Dimension dieser Strategie, dass nämlich "der EU-Beitritt der Türkei von der rigiden westlichen Identität weggeführt wird und dass das europäische Christentum islamischer werden muss“.

Deutsche Politiker, die solche Äußerungen nicht ernst nehmen und nicht im eigenen politischen Konzept berücksichtigen, sind entweder verantwortungslose Appeasement-Politiker (vor allem in den C-Parteien) oder direkte Lobbyisten des politischen Islamismus (vor allem in den rot-grünen Parteien).

Die vom Religionsministerium in Ankara gesteuerte DITIB-Organisation hat in Deutschland über 800 Gemeinden inklusive Moscheen, in denen an der Vorderseite die türkische Nationalfahne prangt. Über die DITIB kann der türkische Staat massiven Einfluss auf die hier lebenden Türken und damit auf die gesamte deutsche Gesellschaft nehmen. Es handelt sich um den klassischen Fall eines „Staates im Staate“, was in der deutschen Politik nicht einmal ansatzweise erkannt wird. Zwar hat man medial und scheinbar auch politisch die Revolte vom Sommer 2013 gegen Erdogan und den politischen Islamismus in der Türkei unterstützt. Nachdem diese Bewegung aber, im Gegensatz zur ähnlichen in Syrien, nicht mit den geopolitischen Interessen der USA und des Westens übereinstimmt, hielt sich die Solidarität mit ihr sehr in Grenzen. Auch die Reaktion der Türken in Deutschland war so, dass sich wesentlich mehr Türken bei Demonstrationen *für*, als bei denen *gegen* Erdogan engagierten. Es wäre für die deutsche Politik von großem Interesse zu wissen, wieviel Prozent der hier lebenden Türken in etwa die Erdogan-Politik und damit ein Konzept des politischen Islamismus unterstützen und wieviele dagegen sind. Vermutlich überwiegen Erstere deutlich. Aus deutscher Sicht müssten sie beobachtet werden, weil ihre Loyalität gegenüber dem türkischen Staat größer sein dürfte als gegenüber dem deutschen. Auch eine Observierung der DITIB als wichtigstem organisatorischen Instrument des Erdoganschen Islamismus könnte in diesem Zusammenhang erwogen werden.

Dabei sei noch einmal betont: Bei all dem handelt sich nicht um Maßnahmen gegen den *Islam*, sondern gegen dessen aggressive Politisierung, die wir als „Islamismus“ bezeichnen – eine Unterscheidung, die Erdogan aus ersichtlichen Gründen nicht machen will. Der politische Islamismus ist keine religiöse, sondern eine politische Gefahr, die dementsprechend auch einer politischen Antwort bedarf.

[Fragebogen F 11]

5.0 Zusammenfassung und Ergänzungen

Die Quintessenz einer politischen Alternative im Hinblick auf Geo-, Europa- und Migrationspolitik würde bedeuten:

- Zurückfahren der Brüsseler EU auf eine bloße Freihandelszone;
- mittelfristig ein Ersatz der NATO durch ein rein *europäisches* Militärbündnis mit ansonsten ähnlichen Strukturen, sozusagen eine NATO ohne USA und Kanada;
- Die politischen Beziehungen zu den USA werden, wie von den USA schon einseitig praktiziert, auch von deutscher Seite auf „Drittclassigkeit“ heruntergefahren und die Beziehungen zu anderen Staaten, vor allem zu Russland, auf Erstklassigkeit angehoben.
- Der Migrantenteil innerhalb der deutschen Bevölkerung wird durch Quoten reguliert, die in Volksabstimmungen festgelegt werden.

Der erste Schritt alternativer Politik bestünde darin, ohne Denkverbote solche Alternativen zu formulieren. Im zweiten Schritt muss entschieden werden, wieviel man davon programmatisch an- und aufnimmt, d.h. *wie* alternativ die *Alternative für Deutschland* sein will und was sie an Alternativen explizit ausschließt. Dies gilt für die gesamte Programmdiskussion.

5.1 Neben Geo-, Europa- und Migrationspolitik gibt es natürlich noch andere Politikbereiche, die in einem Programm berücksichtigt werden müssen, zum Beispiel Gesundheitspolitik (Bürgerversicherung etc.), Bildungspolitik (Schulen und Hochschulen), Familienpolitik (Scheidungsrecht u.a.). Bei den meisten Themen dürfte aber das Polarisierungspotenzial innerhalb der AfD gering sein. Größeren Dissens könnte es vielleicht noch bei folgenden Themen geben:

5.1.1 Frauenquote

Position A

Abgesehen davon, dass es kein Zufall ist, wenn Frauen ein wesentlich höheres Durchschnittsalter als Männer erreichen, stellt eine Politik mit Frauenquoten eine grundgesetzwidrige, weil geschlechtsbegründete Benachteiligung von Männern dar und ist generell abzulehnen.

Position B

Die übergroße Repräsentanz von Männern in vielen Berufsbereichen kann nicht biologisch erklärt werden, sondern geht auf eine seit Jahrhunderten andauernde Benachteiligung, wenn nicht Unterdrückung der Frau zurück, weswegen hier nur durch einen künstlichen politischen Eingriff, nämlich die Frauenquote, Geschlechtergerechtigkeit wieder hergestellt werden kann.

[Fragebogen F 12]

5.1.2 Homosexualität

Position A

Homosexualität ist eine unnatürliche Form der Sexualität. Sie kann inoffiziell toleriert werden, sollte aber weder gesellschaftlich propagiert, schon gar nicht in den Schulen, noch durch Institutionalisierung (eingetragene Lebenspartnerschaft oder gar „Ehe“) aufgewertet werden.

Position B

Homosexualität ist nicht eine der Heterosexualität gleichwertige Form von Sexualität. Sie sollte nicht in der Öffentlichkeit propagiert werden. Die versicherungsrechtlichen Vorteile einer Ehegemeinschaft sollten aber in Form einer eingetragenen Lebenspartnerschaft auch homosexuellen Paaren zugestanden werden.

Position C

Ich sehe Homo- und Heterosexualität als gleichwertig an, weswegen ich keine Einwände gegen die Möglichkeit einer rechtlich institutionalisierten Homo-Ehe habe. Weil es denkbar ist, dass Kinder in gleichgeschlechtlichen Ehen zusätzlichen psychischen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, befürworte ich aber ein Adoptionsrecht für Homo-Ehen nicht.

Position D:

Ich halte Homosexualität und Heterosexualität für gleichwertige Formen von Sexualität, weswegen ich nicht nur die rechtliche Zulässigkeit von Homo-Ehen, sondern auch deren Möglichkeit der Adoption von Kindern befürworte.

[Fragebogen F 13]

5.1.3 Abtreibungsfrage / § 218

In der Bundesrepublik Deutschland sind seit der Liberalisierung des Abtreibungsparagraphen 218 (modifizierte Fristenlösung 1995) jährlich zwischen 100.000 und 140.000 legale Abtreibungen vorgenommen worden. Demnach wären in dieser Zeit 2 -3 Millionen menschliche Embryonen im Mutterleib abgetötet worden.

Position A

Ich halte diesen Zustand für moralisch unerträglich und befürworte eine strenge Handhabung der Indikationslösung.

Position B

Ich will diese Position keiner moralischen Bewertung unterziehen, halte jedoch angesichts der dadurch entstandenen demographischen Probleme ein Eingreifen des Staates in Sinne der Rückkehr zu einer strengeren Indikationslösung für erforderlich.

Position C

Diese Abtreibungszahlen weisen auf ein erhebliches Informationsdefizit bezüglich Konzeptionsverhütung hin. Der Staat könnte hier, gerade in den Schulen, einiges verbessern. Die Rückkehr zu einer strengen Indikationslösung halte ich für einen unzulässigen Eingriff des Staates in das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Position D

Ich halte eine Diskussion über die Wiedereinführung einer strengen Indikationslösung für unerträglich und lehne eine Änderung der jetzigen Rechtspraxis entschieden ab.

[Fragebogen F 14]

6.0 Zur ideologischen Problematik verschiedener Gesellschaftsmodelle (über ethnokulturelle Homogenität, Multikulturalismus usw.)

Es geht hier um die Frage von objektiver und subjektiv empfundener kollektiver Identität von Gesellschaften und Staaten. Als Europa noch übernational war, von Karl dem Großen bis zur Reformation, war die Religion, nämlich die christlich-katholische, das einigende Band und das entscheidende und höchste kollektive Identifizierungsmerkmal. Mit der Sprengung der kirchlichen Einheit (Luther, Calvin usw.) gewann das nationale Element als Identifizierungsmerkmal an Bedeutung, was politisch die Entwicklung der Nationalstaaten inklusive des Absterbens des alten (Heiligen Römischen) Reiches (Ende 1806) beschleunigte. Danach spielte innerhalb der entstandenen Nationalstaaten das Prinzip ethnischer Homogenität nun eine zunehmende Rolle und löste die christliche Religion als politisch und staatlich einigendes Band ab. Mit Steigerung und Übersteigerung des nationalen Elements in den Nationalstaaten verschärften sich auch die *außenpolitischen* Gegensätze, was im Desaster der Weltkriege des 20. Jahrhunderts endete.

Innenpolitisch bedeutete die Zuspitzung des Prinzips *ethnischer Homogenität* eine segregierende Politik gegenüber Minderheiten, d. h. eine Politik, die eine Integration von Minderheiten ablehnte und das Problem ausschließlich durch deren Deportation und Vertreibung in andere Regionen und Staaten glaubte lösen zu können. Dabei wurde diese Politik ethnischer Homogenisierung nicht nur von den Nationalsozialisten, sondern auch von den angloamerikanischen und sowjetrussischen Siegermächten betrieben („Westverschiebung“ Polens, massive ethnische Säuberungen in Osteuropa usw.)

6.1 Ab ca. 1950 spielte dann in den meisten europäischen Nationalstaaten die nationale Frage (mit wenigen Ausnahmen, z. B. Basken oder Nordiren) erst einmal keine besondere Rolle mehr. Die Heterogenitätsproblematik von Gesellschaften wurde auch in der 68er Revolte noch primär sozioökonomisch thematisiert (Schichten, „Klassen“). Erst mit der in den siebziger Jahren anwachsenden, durch die verschiedene wirtschaftliche Entwicklung der Nationalstaaten bedingte Arbeitsmigration, die dann in den 1980er und 1990er Jahren immer mehr zur Armutsmigration („Einwanderung in die Sozialsysteme“) mutierte, begannen Gedanken zu ethnischer Homogenität bzw. Pluralität unter dem Stichwort „multikulturelle Gesellschaft“ wieder die politische Diskussion zu bestimmen. 1998 proklamierten die USA im Serbien-Krieg erstmals die Beseitigung ethnischer Homogenität als legitimen Grund für militärisches Eingreifen – eine Wendung um 180° gegenüber ihrer diesbezüglichen Nachkriegspolitik!

6.2 Wenn es um die pauschale Diskussion gesellschaftlicher Heterogenität geht, werden die Begriffe *ethnisch* und *kulturell* zumeist zum Begriff *ethnokulturell* zusammengefasst. Dies ist nur im Einzelfall richtig, denn grundsätzlich handelt es um zwei verschiedene Seiten des Problems, deren politische Würdigung sehr

unterschiedlich sein kann. Der Begriff *ethnisch* hebt auf Abstammung und biologisch-genetische Verwandtschaft eines Kollektivs ab, der Begriff *kulturell* dagegen auf die geistige, sprachliche und nicht zuletzt auch religiöse Grundhaltung eines Kollektivs. Der Leser möge darauf achten, dass die Begriffe *ethnisch* und *ethnokulturell* hier nicht synonym verwendet werden.

6.3 Wenn wir also in diesem Sinne fragen: Fördert ethnische oder ethnokulturelle Homogenität den Ausbruch von Kriegen, und würde eine diesbezügliche Heterogenität resp. Pluralität den Frieden sichern, so lautet die Antwort: In keinem Fall ist es das Prinzip als solches, sondern die Verabsolutierung desselben, die kriegsfördernd sein kann. Dabei wächst bei Staaten, die das Homogenitätsprinzip übersteigern, eher die Gefahr von *zwischenstaatlichen* Kriegen; bei Staaten die das Heterogenitätsprinzip übersteigern, eher die Gefahr von *Bürgerkriegen*. Keinesfalls aber kann man sagen, dass homogene Gesellschaften grundsätzlich kriegsgefährlicher als heterogene Gesellschaften wären. Die global aggressivste Außenpolitik geht derzeit von den USA aus, einem multikulturellen Staat mit höchst entwickelter ethnischer und kultureller Heterogenität !

Bezüglich ethnischer und kultureller Homo- bzw. Heterogenität können wir schematisch vier Gesellschaftsmodelle unterscheiden:

Im ersten Modell (**A**) herrscht das Prinzip ethnischer = biologischer Homogenität. Die Politik ist biologistisch und ethnische „Reinheit“ höchstes politisches Ziel (im Extrem die „rassische Volksgemeinschaft“). Ich spreche hier von einer „**desintegrativen Mehrheitsgesellschaft**“, in der Minderheiten nicht vorgesehen sind. Die Politik ihnen gegenüber ist desintegrativ, im Extrem eliminatorisch: Es kommt zu Vertreibungen bis hin zu Massentötungen. Der Vorwurf *Rechtsextremismus* ist für dieses Modell berechtigt.

Im zweiten Modell (**B**) geht es nicht um biologisch-ethnische, sondern um geistig-kulturelle Homogenität. Ich spreche hier von „**integrativen Mehrheitsgesellschaften**“, weil Minderheiten auf der Basis einer von der Mehrheitsgesellschaft vorgegebenen Leitkultur integriert werden können. Die Mehrheitsgesellschaft wird dadurch biologisch und geistig-kulturell erneuert. Homogenität wird hier also kulturell und nicht ethnisch verstanden und definiert sich darüber hinaus – ein weiterer wesentlicher Unterschied zum ersten Modell – nicht von der Ausgangssituation, sondern *vom Ziel her*: keine statische Homogenität, vielmehr eine, die in einem dynamischen gesellschaftlichen Integrationsprozess immer wieder neu erreicht, wenn nicht erkämpft werden muss. Im günstigen Fall ergibt sich daraus eine kulturelle und zivilisatorische Höherentwicklung. Der Vorwurf *Rechtsextremismus* ist für dieses Modell nicht berechtigt. Er stellt explizit linke Demagogie dar. Denn das Prinzip kultureller = geistiger Einheit resp. Homogenität charakterisiert in typischer Weise Denken und Wollen der Mitte der Gesellschaft!

Im dritten Modell (**C**) gibt es weder ethnische noch kulturelle Mehrheiten in der Gesellschaft, sondern diesbezüglich nur noch mehr oder weniger große Minderheiten. Die Gesellschaft ist also weitgehend heterogen, die Heterogenität wird aber insofern relativiert, als politischer Konsens zwischen den Minderheiten besteht, über eine gemeinsame *Leitkultur* möglichst viel kollektive Gemeinsamkeit zu verwirklichen. Allgemein spricht man von einer *melting pot society*. Ich nenne das

eine „**integrative Minderheitengesellschaft**“. Dieses Modell ist nicht von vornherein linksextremistisch. Kulturelle = geistige Homogenität ist in derartigen Minderheitengesellschaften aber wesentlich schwerer zu erreichen als in einer (historisch gewachsenen) Mehrheitsgesellschaft. Die Gefahr des Abgleitens ins vierte Modell ist groß.

In diesem (Modell **D**) wird das Prinzip ethnischer wie auch kultureller Heterogenität verabsolutiert, was in der Soziologie neuerdings als „salad bowl society“ charakterisiert wird. Ich ziehe den Begriff „**dissoziative Minderheitengesellschaft**“ vor: Es besteht hier kein Wille mehr zu einer tiefer gehenden gesellschaftlichen Einheit und dementsprechend auch kein Konsens mehr bezüglich einer gemeinsamen Leitkultur. Die Minderheiten werden nur noch per Gesetz staatlich-institutionell zusammengehalten -- ein linksextremistisches, in der Tendenz anarcho-individualistisches Modell!

6.4 Dem Modell A entspricht die europäische Situation in der Zeit des Nationalismus (19. Jahrhundert bis in die 1950er Jahre hinein) – nicht nur eine Zeit verbissener zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen, auch eine Zeit mitunter grausamster Behandlung von Minderheiten. Im Gegensatz dazu gibt es im Modell B, das vor und nach dieser nationalistischen Phase in Europa bestand, eine abgestufte Palette von Möglichkeiten in der Beziehung zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten:

- Minderheiten werden ohne gesetzliche Grundlage toleriert.
- Es werden ihnen in verschiedenem Ausmaß gesetzliche Minderheitenrechte zugestanden.
- Sie haben die Möglichkeit einer maximalen Integration = Assimilation: Das heißt: Angehörige der Minderheit gehen vollständig, insbesondere auch kulturell, in der Mehrheitsgesellschaft auf.
- Sie haben auch die Möglichkeit einer minimalen Integration, was eine im Gegensatz zur Assimilation nur rechtliche und ökonomische Einfügung in die Gesellschaft, *ohne Anpassung an deren Kultur*, bedeutet.

Je nach dem, wie stark eine Gesellschaft auf Zuwanderung angewiesen ist, wird sie politisch mehr oder weniger der genannten Möglichkeiten anbieten. Bei bloßer Minimalintegration kommt es zu gesellschaftlichen Parallelentwicklungen, die ab einem bestimmten Ausmaß Parallelgesellschaften entstehen lassen. Diese haben das Potenzial zu größeren gesellschaftlichen Konflikten. Sie stellen eine Staat-im-Staate-Bildung dar und gefährden die staatliche Einheit und damit den sozialen Frieden. Im Extremfall kommt es zu Bürgerkriegen. Eine Gesellschaft, die solches nicht will, sollte von vornherein auf das Ausmaß der Zuwanderung achten und als Regelfall die *Assimilierung* der Zuwanderer zum Ziel haben. Das entscheidende Instrument hierfür ist eine Leitkultur, die von der Mehrheit geprägt ist und der sich die Minderheiten unterordnen.

6.5 *Heterogene Gesellschaften*

Wenn einzelne Minderheiten erstarken, kommt der Punkt, von dem ab sie sich nicht mehr der Leitkultur der bisherigen Mehrheit unterordnen. Sie wollen zum Beispiel eigene staatliche Feiertage, Migrantenquoten im öffentlichen Dienst usw. Aus einer relativ homogenen Gesellschaft wird so eine heterogene Gesellschaft, in der es dann nicht mehr eine ethnokulturelle Mehrheit gibt, sondern zwei oder mehrere mehr oder weniger gleich starke „Communities“. Die heterogene Gesellschaft ist eine „Multi-Communities-Gesellschaft“ (ein Begriff, der die Situation präziser wiedergibt als der übliche der „multikulturellen Gesellschaft“). Es gibt nun zwei Möglichkeiten:

Die verschiedenen Communities entwickeln eine neue gemeinsame Leitkultur, aus der sich längerfristig eine neue ethnokulturelle Einheit ergibt. Das gelingt, wenn überhaupt, nur bei Communities mit einander verwandten Kulturen. Als Beispiel kann man die polnischen Zuwanderer anführen, die sich zwischen 1850 und 1950 im Ruhrgebiet ansiedelten und sich in dieser Zeit vollständig in der deutschen Gesellschaft assimilierten; auch die *Anfänge* des US-amerikanischen melting pots, in dem sich die vorwiegend west- und mitteleuropäischen Populationen sehr ähnlich waren und zu einer neuen gesellschaftlichen Einheit mit „amerikanischer“ Identität zusammenwuchsen – allerdings auf Kosten der versklavten Schwarzen und der in Reservate gesperrten Indianer!

Inzwischen kippten durch massive Zuwanderung von Asiaten und Latinos die Mehrheitsverhältnisse mit dem Ergebnis, dass die USA bereits heute ein politisch tief gespaltenes Land sind. Jetzt macht man aus der Not eine Tugend und verkündet ein neues Gesellschaftsmodell:

Die *salad bowl society* soll die melting pot society ablösen. Das bedeutet nichts anderes, als dass man sich nicht mehr auf eine gemeinsame Leitkultur („amerikanische Identität“) einigen kann. Solch heterogene Gesellschaften ohne gemeinsame Leitkultur repräsentieren einen nichtintegralen, einen dissoziativen Gesellschaftstyp: eine Gesellschaft, in der nicht die Einheit, sondern die Auseinandersetzung dominiert. Die verschiedenen Kollektive (Communities) leben mehr neben- als miteinander. Sie konkurrieren bei der Durchsetzung ihrer Gruppeninteressen, wobei sich die aggressivsten und best vernetzten Communities durchsetzen, in der Regel freilich nur für kurze Zeit, denn langfristig hält eine Gesellschaft auf der Basis eines rein gesetzlich-juristischen Konsensus ohne tiefere kulturelle Bindungen nicht zusammen. Bei stärkeren Krisen bricht sie mehr oder weniger blutig auseinander.

Von diversen soziologischen Strategen wird das salad bowl-Modell gefeiert, da es Individuen und Communities ein Höchstmaß an Freiheit gewährleiste – eine freilich sehr kurzfristige und individualistisch-anarchische Sichtweise, die dem vordergründigen Wohl Einzelner die Einheit und Existenz des Staates opfert, ohne sich darüber im Klaren zu sein, welche kulturellen und zivilisatorischen Folgen das zeitigt.

Bei stark unterschiedlicher Kultur der verschiedenen Communities funktioniert das melting pot-Prinzip von vornherein nicht, siehe das Beispiel Palästina / Israel! Nämliches dürfte für islamische Parallelgesellschaften in christlich geprägten Gesellschaften gelten. Schon bald kommt es zum Kampf der Kulturen, und wenn es keinen Sieger gibt, kann nur noch eine Mehr-Staaten-Lösung einen in der Regel sehr fragilen sozialen Frieden herstellen.

6.6 Resümee:

1. Nicht ethnokulturelle Homogenität als solche macht Staaten außenpolitisch aggressiver und erhöht damit die Gefahr zwischenstaatlicher Kriege, sondern die Verabsolutierung des Prinzips rein ethnischer Homogenität.
2. Ethnokulturelle Heterogenität eines Staates macht den Frieden nicht sicherer:
3. Das melting pot-Prinzip funktioniert nur bei einander verwandten Kulturen.
4. Das salad bowl-Modell führt zum Kampf der Kulturen: Es generiert ein enormes Gewaltpotenzial, das sich innen- und / oder außenpolitisch (USA)

entladen kann. Das salad bowl-Modell stellt also einen erheblichen Risikofaktor für Bürgerkriege und staatlichen Zerfall dar, aber auch für extreme außenpolitische Aggressivität.

Die systematische ethnokulturelle Heterogenisierung der europäischen Gesellschaften durch die etablierte Politik ist verantwortungslos. Eine alternative Zuwanderungspolitik sollte sich am Modell B als Regelfall orientieren und nur in Ausnahmefällen, bei entsprechenden objektiven Bedingungen, am Modell C. Sie sollte also nach Möglichkeit vermeiden, dass primär homogene in primär heterogene Gesellschaften umgewandelt werden. Auch sollte sie die *Assimilierung* der Zuwanderer anstreben und sich nur ausnahmsweise mit einer Minimalintegration begnügen. Schließlich muss sie sich der Inhalte ihrer Leitkultur gewiss sein und diese auch in der Zuwanderungspolitik offensiv vertreten können.

[Fragebogen F 15]

7.0 Nationalismus, Supranationalismus und Globalisierung

„... die Internationale erkämpft das Menschenrecht“ – so singen die Kommunisten in ihrer *Internationale*, und in einem anderen ihrer Kampflieder heißt es: „Dann steigt aus den Trümmern der alten Gesellschaft die sozialistische Weltrepublik ...“.

„Die Trümmer der alten Gesellschaft“, die sie in blutigen Revolutionen verursachen, glauben die Kommunisten verantworten zu können, da es doch um ein edles humanistisches Ziel gehe, nämlich die Einheit der Menschheit in einer „sozialistischen Weltrepublik“.

Im real existierenden Sozialismus degenerierte dieses kommunistische Ideal freilich zum Sozialimperialismus der Sowjetunion, und mit deren Zusammenbruch stürzte auch die hehre linke Menschheitsidee von der Weltrepublik erst einmal in den Orkus – um im Westen mit neuen Methoden und neuer Terminologie fröhliche Urständ zu feiern! „Globalismus“ könnte man dieses Ideologem westlicher Politik nennen: nicht mehr die blutige Revolution, garniert mit moralisierender Phraseologie, sondern ein pragmatischer Wirtschaftsimperialismus à la USA und eine putschistische Politik hinter den Kulissen, die mit artifiziellen Konstrukten à la EU den Nationalstaaten die Luft zum Atmen nimmt. Langsam, aber sicher sollen so die „Vereinigten Staaten der Welt“ entstehen. Statt Revolution von unten jetzt also putschistischer Reformismus von oben! In ihrer totalitären Einseitigkeit aber, die nur noch die globale Einheit und nicht mehr die globale Vielheit der Völker achtet und beachtet, und in ihrem destruktiv undemokratischen Verhalten gegenüber den souveränen Nationalstaaten sind sich kommunistischer Internationalismus und westlicher Globalismus ähnlich und innerlich verwandt.

7.1 Wie die etablierte Politik innenpolitisch versucht, den Nationalstaat durch systematische ethnokulturelle Heterogenisierung aufzulösen, tut sie es außenpolitisch durch dessen schrittweise, aber genauso systematische Entsouveränisierung – eine „globalistische“ bzw. „supranationalistische“ Politik! *Supranationalismus* ist eine Ideologie, deren Ideal darin besteht, Nationalstaaten zugunsten übernationaler Konstrukte mit dem Ziel eines Welteinheitsstaats aufzulösen. In diesem gäbe es dann keine Außenpolitik mehr, sondern nur noch eine „Weltinnenpolitik“. So glaubt man, Kriege endgültig abschaffen und einen „ewigen Frieden“ politisch kreieren zu können.

Gerade die Entwicklung der EU, so sagt man, würde dieses Konzept bestätigen. Früher habe es ständig Kriege in Europa gegeben. Seit es aber die EU gebe, wäre hier Friede. Das stimmt so freilich nicht, denn auch ohne EU gab es in Europa nach langen und schweren Kriegszeiten immer wieder längere Zeiten des Friedens, und noch wichtiger: Als nach 1945 in Europa einige Jahrzehnte Friede herrschte, war die EU noch gar nicht da bzw. sie war nur ein loser Wirtschaftsverband. Als sie sich dann mit dem Maastrichtvertrag (1992) in Richtung politischer Union bewegte, kamen prompt die Kriege wieder; nicht nur *indirekt*, wie im Irak und in Afghanistan, wo zahlreiche EU-Staaten mitkämpften. An den Kriegen im zerfallenden Jugoslawien war die EU auch *direkt* involviert, und das nicht gerade rühmlich.

7.2 Staatsrechtlich können wir zwei Grundkonzepte übernationaler Zusammenschlüsse unterscheiden:

- ein *supranationales*, in dem Gemeinschaftsrecht über dem nationalen Recht steht und dadurch die Souveränität der Einzelstaaten aufgelöst wird, und
- ein intergouvernementales, in dem die Einzelstaaten ihre vollständige Souveränität behalten.

Das ursprüngliche Konzept der EU war intergouvernemental, was dessen wichtigster Verfechter, der französische Präsident de Gaulle, prägnant als „Europa der Vaterländer“ charakterisierte. Im Gegensatz dazu versuchten vor allem R. Schuman und J. Monnet die Entsouveränisierung der europäischen Nationalstaaten schrittweise, aber systematisch voranzutreiben. Weil sie die politische Mehrheit nicht hinter sich hatten, entwickelten sie eine quasi putschistische Methode, die Monnet selbst folgendermaßen beschrieb:

„Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne dass die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muss schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand. Letztendlich führt es aber zu einer unauflösbaren Föderation.“

Ein wichtiges Etappenziel hatten die Supranationalisten in der EU mit dem Maastricht-Vertrag (1992) erreicht. Mit dem Lissabonvertrag (2009) ist ihnen dann der Durchbruch gelungen. Noch freilich liegt die „Kompetenz-Kompetenz“ bei den Nationalstaaten, d. h. diese haben die Kompetenz zu bestimmen, welche Kompetenzen sie an die EU abgeben und welche nicht. Die EU-Organe haben deshalb nur eine abgeleitete („derivative“) Kompetenz, worauf auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 30.6.2009 zum Lissabon-Vertrag abhebt: Die von Deutschland an die EU abgetretene Souveränität dürfe nicht irreversibel übertragen werden, sondern müsse grundsätzlich und jederzeit widerrufbar sein. Dennoch setzt der Lissabon-Vertrag, der durch den nämlichen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts rechtskräftig werden konnte, diese entscheidende Vorgabe nicht um. Ist hier doch nur ein Verfahren beschrieben, dem gemäß die letzte Entscheidung über einen Austritt nicht dem einzelnen Mitgliedsstaat zukommt, sondern der Mehrheit der Mitgliedstaaten. Deutschland könnte also nur austreten und bekäme so abgetretene Souveränität nur wieder zurück, wenn die *Mehrheit der Mitgliedstaaten damit einverstanden wäre* -- was dem gerade zitierten BVG-Beschluss im Hinblick auf die jederzeitige Reversibilität einer Souveränitätsabgabe fundamental widerspricht!

7.3 Resümee für eine alternative Politik:

1. EU-Politik sollte ausschließlich intergouvernemental stattfinden.
2. Bestehende rechtlich-supranationale Strukturen müssen durch Revision der EU-Verträge aufgehoben werden.
3. Jedes Abtreten von Souveränität an EU-Organen muss uneingeschränkt reversibel sein.
4. Die Kompetenz-Kompetenz der Nationalstaaten muss weiterhin uneingeschränkt bei den Nationalstaaten bleiben, in Deutschland also beim Deutschen Bundestag.
5. Alle EU-Verträge müssen grundsätzlich mit angemessenen kurzen Fristen kündbar sein.

7.4 Weitere Probleme mit supranational-rechtlicher Entsovranisierung gibt es mit der **NATO**, worauf ich hier nicht weiter eingehe.

7.5 Besonders erwähnt werden soll jedoch die Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität, die durch den **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)** in Straßburg stattfindet. Bereits 1950 wurde von einem sog. Europarat [= privater Debattenclub, der institutionell nicht zur EU gehört, Weiteres siehe *Wikipedia*] eine *Europäische Menschenrechtskonvention* (EMRK) verabschiedet, die 1952 auch von Deutschland ratifiziert wurde. Darin geht es nicht nur um die *Interpretation* von Menschenrechten, sondern auch um die *Umsetzung dieser Interpretation in der Rechtsprechung*. Im Gegensatz zur Menschenrechtserklärung der UNO von 1948, die völkerrechtlich nicht durch Sanktionen durchgesetzt werden kann, kann die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) über den in Straßburg errichteten EGMR in nationales Recht um- und so durchgesetzt werden. Ein solches "Rechtsschutzsystem" für Grundrechte-Erklärungen ist international ein Novum.

Was das konkret bedeutet, haben wir im Fall *Gaefgen* erlebt: Der stellvertretende Polizeipräsident Daschner in Frankfurt hatte dem Entführer Gaefgen körperliche Gewalt angedroht, falls er nicht das Versteck eines entführten Kindes verraten würde. Zunächst wurde Daschner von einem deutschen Gericht wegen Androhung von Folter verurteilt, was dem Kindermörder Gaefgen freilich noch nicht genügte. Er klagte vor dem EGMR und bekam wegen der Folterandrohung von dessen großer (17köpfigen) Kammer 2010 das Recht auf eine Entschädigung durch das Land Hessen zugesprochen. Diese Entscheidung des Straßburger Gericht wurde 2011 und 2012 durch Gerichte in Deutschland übernommen und national umgesetzt.

Die EU-Integrationisten versuchen also gezielt und systematisch, das Straßburger Gericht als Instanz der nationalen europäischen Gerichtsbarkeit überzuordnen. In Deutschland hat sich (im Gegensatz zur deutschen *Politik*) das Bundesverfassungsgericht 2004 / 05 als einzige institutionelle Kraft gegen diese fundamentale Entsovranisierung gewehrt und erreicht, dass in der deutschen nationalen Rechtsprechung die Urteile des EGMR nicht über das deutsche *Grundgesetz* gestellt werden dürfen. Alle anderen Gesetze und Urteile bis hin zu den Verfassungen der Länder können aber durch das Straßburger Gericht aufgehoben werden!

Mit dem *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* in Straßburg wurde gerade im Bereich von Entscheidungen über letztgültige Werte (hier die Legitimität einer

Folterandrohung, wenn es um das Lebensrecht eines Kindes geht) nationalstaatliche Souveränität eingeschränkt und einer Versammlung von auch in ihrer Qualifikation fraglichen Juristen aus Moldawien, aus der Türkei usw. übertragen. Durch die Hintertür will man eine Art Vatikan der Menschenrechtsreligion etablieren, der, wie weiland die Heilige Inquisition in Rom, über die wichtigsten Fragen der Zivil-Religion in Europa letztinstanzlich entscheidet. Diese neue Inquisition in Straßburg könnte so über die Durchsetzung ihrer zivilreligiösen Dogmen in der von ihr gegebenen Interpretation die geistig-moralische Entwicklung Europas entscheidend steuern.

Das Beste am EGMR in Straßburg ist, dass man ihn (nach fünf-jähriger Mitgliedschaft) mit einer Kündigungsfrist von nur sechs Monaten wieder verlassen kann. Deshalb hat man sich mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 ein zweites rechtliches Standbein geschaffen. Im Gegensatz zum EGMR in Straßburg ist es *in der EU* institutionalisiert und damit für alle EU-Mitgliedstaaten automatisch rechtlich bindend. Durch diesen Lissabon-Vertrag wurde unter anderem die sog. *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, die sich eng an die Formulierung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) anlehnt, zur menschenrechtlichen Grundlage geltenden EU-Rechts erhoben. Interpretation und Durchsetzung dieser Grundrechte-Charta unterliegen dann der normalen EU-Gerichtsbarkeit, deren höchste Instanz der **Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg** ist. Dieser EuGH wird zum Beispiel tätig, wenn die Europäische Kommission in Brüssel der Ansicht ist, ein Mitgliedsstaat habe durch ein nationales Gerichtsurteil gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen und dann ein sog. Vertragsverletzungsverfahren gegen diesen Mitgliedsstaat anstrengt. Auch auf diese Weise kann jetzt den Nationalstaaten innerhalb der EU die letzte Entscheidungssouveränität bezüglich der Interpretation, was ein Menschenrecht ist und was nicht, entzogen werden.

Für die *Europäische Menschenrechtskonvention* wie auch für die *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* gilt, dass beide glauben, sich über alle anderen bestehenden Wertvorstellungen, insbesondere auch die christlichen, hinwegsetzen zu können, was unter anderen der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche Kyrill in einer grundsätzlichen Rede vor dem UN-Menschenrechtsratsrat in Genf nachlesenswert dargelegt hat [„*Zwischen Christentum und Menschenrecht*“, 18. März 2008]

7.6 Schließlich geht es auch um die **UNO**. Die UNO-Charta von 1945, die Gründungserklärung der UNO, behandelt in ihren Artikeln 53, 77 und 107 die im Zweiten Weltkrieg unterlegenen Staaten Japan und Deutschland als sog. *Feindstaaten*. Diesen gegenüber hat gemäß den genannten Artikeln jeder Unterzeichnerstaat ein Interventionsrecht und könnte zum Beispiel in Deutschland Sondergesetze einführen, die den vom Deutschen Bundestag verabschiedeten übergeordnet wären. Sogar eine militärische Intervention ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats wäre damit völkerrechtlich legitim. Die Bundesregierung weist auf einseitige Erklärungen der Siegermächte hin, sich nicht auf diese Klauseln berufen zu wollen sowie auf einen Beschluss der UNO-Vollversammlung von 1995, in dem die Feindstaatenklausel als „obsolet“ bezeichnet wird. Das alles ersetzt aber völkerrechtlich nicht die Streichung der betreffenden Artikel!

7.7 Das zweite Problem mit der UNO betrifft nicht nur Deutschland und Japan, sondern alle Staaten. Das seit dem Westfälischen Frieden von 1648 gültige

Souveränitätsprinzip impliziert, dass andere Staaten sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen dürfen. Dieses Prinzip wird in den letzten Jahren durch die USA zunehmend und bewusst zugunsten eines universalen humanitär begründeten Interventionsrechts unterlaufen. Dementsprechend fühlen sich die USA inzwischen sogar ohne völkerrechtskräftige Zustimmung des UN-Sicherheitsrats berechtigt, Länder anzugreifen, zum Beispiel 1998 im Krieg gegen Serbien oder jetzt in Syrien. Dabei maßen sie sich selbst absolute Definitionshoheit an, zu entscheiden, wann was ein Menschenrecht ist und wann eine von ihnen so selbst definierte Menschenrechtsverletzung eine Militärintervention legitimiert und wann nicht. Dieses Verhalten wird dadurch groteskisiert, dass es in den genannten Fällen den USA offensichtlich nicht um Menschenrechtsverletzungen, sondern um eigene geopolitische Interessen ging. Auch wenn die vorgeschobenen humanitären Begründungen der Amerikaner plausibler gewesen wären, als sie es waren, dürfte ein solcher Interventionismus nicht toleriert werden. Bedeutet er doch eine Paralyse des Völkerrechts und eine Anarchisierung der internationalen Beziehungen. Das Völkerrecht würde zur Legitimierung imperialistischer Politik verkommen.

7.8 Als Richtlinie des internationalen Rechts sollte man erstreiten, dass am Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, wie es z. B. von Russland verteidigt wird, festgehalten wird und ein humanitär begründetes Interventionsrecht eine absolute Ausnahme bleibt. Rechtlich könnte das noch besser abgesichert werden, wenn man eine *Einstimmigkeit sämtlicher* Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (und nicht nur der *ständigen* Mitglieder des UN-Sicherheitsrats) zur Voraussetzung für ein solches Interventionsrecht machen würde. Dies ist umso wichtiger, als supranationalistische Ideologen gerade dabei sind, den Begriff *Souveränität* grundsätzlich umzudeuten: Souveränität nicht mehr als Schutzrecht vor außenstaatlicher Intervention, sondern als „Schutzverpflichtung“ gegenüber der eigenen Bevölkerung („responsibility to protect“)! Wenn ein Staat dieser Schutzverpflichtung nicht gerecht würde, ginge diese auf die „internationale Staatengemeinschaft“ über, wobei die Entscheidung, ob die Schutzpflicht verletzt wurde oder nicht, der „internationalen Staatengemeinschaft“ übertragen werden soll – eine Liquidierung des Nichteinmischungsprinzips zugunsten eines universalen Interventionsprinzips und somit eine Fundamentalrevision des bisherigen Völkerrechts.

7.9 Resümee für eine alternative Politik:

1. Supranationalismus und Entsovänisierung der Nationalstaaten sind ein vorrangiges Problem internationaler Politik.
2. Auf supranationale Institutionen, die wie UNO und EU nicht wirklich demokratisch organisiert und legitimiert sind, sollten keine Souveränitätsrechte übertragen werden. Die Aufgabe solcher Institutionen ist, zu beraten, zu vermitteln und Konsens herzustellen, aber nicht zu regieren und Recht zu sprechen!
3. Am Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten ist festzuhalten und
4. in besonderer Weise darauf zu achten, dass humanitäre Begründungen nicht als Tarnung geopolitischer, wirtschaftlicher oder anderer Eigeninteressen von Staaten missbraucht werden.
5. Staaten, die wie die USA und ihre „Koalitionen der Willigen“ meinen, auf Basis eigener individueller Interpretation von Menschenrechten sich ein beliebiges

Interventionsrecht herausnehmen zu können, sollten international geächtet und, wenn politisch möglich, auch sanktioniert werden.

Das Völkerrecht wird immer wieder durch militärisch ausreichend starke Mächte gebrochen, ohne besondere Konsequenzen für die Verantwortlichen! Es sollte deshalb ein vorrangiges Ziel internationaler Politik sein, einzelne Staaten nicht so stark werden lassen, dass sie den anderen ihren Willen aufzwingen können. Wenn aber eine Supermachtbildung nicht verhindert werden konnte, wie es jetzt mit den USA der Fall ist, dann sollte durch entsprechende Bündnispolitik alles daran gesetzt werden, die politischen Möglichkeiten einer solchen Supermacht international einzuschränken. Das wäre eine *demokratische* Außenpolitik – im Gegensatz zu einer undemokratisch-totalitären, die sich im Windschatten der Supermacht einnistet und sich mit dem selbstentmündigenden Argument vom „notwendigen Weltpolizisten“ rechtfertigt, wenn sie gehorsam bei den Untaten der Supermacht mitmacht.

In diesem Sinne wäre es jetzt notwendig, Bündnisse einzugehen, die die Vereinigten Staaten von Amerika schwächen, wobei das diesbezüglich wichtigste Bündnis für Deutschland eines mit Russland wäre. Die Amerikaner wissen das natürlich auch, und so wurde unter ihrer Regie ideologisch und psychologisch bereits der Rahmen für einen neuen Kalten Krieg gegen Russland abgesteckt. Man versucht gezielt, die zu Recht bestehenden Emotionen gegen das seinerzeitige sowjetische Regime auf das heutige Russland zu übertragen. Geschichte ist aber in fortwährendem Wandel, und 1989 war ein entscheidender Wendepunkt, nicht zuletzt was Russland und die USA anlangt: Letztere haben sich moralisch – bei alleinigen Supermächten fast schon zwangsläufig – nach unten entwickelt (NSA, Drohnen, Bomben auf Zivilbevölkerung usw.), Erstere dagegen unter Putin die Chance moralischer Erneuerung genutzt, was freilich unter dem extrem einseitigen agitatorischen Trommelfeuer westlicher Medien nur wenigen Menschen im Westen klar geworden ist. Von morgens bis abends hören wir: der böse Putin, der böse Putin Aber vergleichen wir einmal den Fall *Chodorkowski* mit dem Fall *Snowdon*, oder Pussy Riot mit den Hunderten von Obamas Drohnen getöteten Kindern? Und was bedeutet die Verhaftung aggressiver Demonstranten gegenüber dem Irakkrieg mit seinen 150.000 Toten? Wenn wir hier nicht lernen, unvoreingenommen moralisch zu gewichten und uns weiterhin von einseitiger medialer Indoktrination leiten lassen, werden wir nicht in der Lage sein, uns für eine in unserem tiefen Interesse liegende Außenpolitik zu entscheiden.

Was Außen- und Innenpolitik miteinander verknüpft, ist das Problem der Souveränität. Souveränität eines Staates bedeutet Mündigkeit, Entsouveränisierung Entmündigung. Die systematische Entsouveränisierungspolitik der in Berlin etablierten Parteien, vor allem im Hinblick auf die EU und die USA, stellt eine fortgesetzte Entmündigung unseres Staates und seiner Bürger dar. Eine alternative Politik in Deutschland sollte alles daran setzen, diese Entmündigungspolitik zu beenden.

[Fragebogen F 16]

8.0 Das Problem des Laizismus und die Frage der Leitkultur

Laizismus bedeutet institutionell die Trennung von Kirche und Staat, in einem weiteren Sinn dann die grundsätzliche Trennung von Politik und Religion, das heißt, das Freihalten des öffentlichen Raums von Religion und religiösen Symbolen. Lassen wir einmal den brutalen Laizismus der Kommunisten und der Nationalsozialisten außen vor und konzentrieren uns auf den heute in Europa existenten. Der französische Laizismus ist radikal und repressiv, von der entschädigungslosen Enteignung der Kirchen im Jahre 1905 bis hin zu strafrechtlichen Maßnahmen, mit denen französische Schüler und Lehrer noch heute rechnen müssen, wenn sie in der Schule öffentlich sichtbar christliche Symbole tragen. Er ist vor allem ein antichristlicher, der die antireligiösen Verbote auf den Islam (Kopftuch, Burka) und andere Religionen ausdehnen musste, um die eigene Glaubwürdigkeit zu erhöhen.

In Deutschland hatten wir in der Nachkriegszeit bis 1968 nur eine rechtlich formale Laizität, tatsächlich war der Staat christlich, vor allem katholisch. Mit der Studentenbewegung gewann der Laizismus an Boden und setzte sich nach der Wiedervereinigung, nicht zuletzt ein Erbe der DDR, schließlich durch. In den letzten beiden Jahrzehnten wurde er immer aggressiver und verdrängte das Christentum zunehmend aus den Schulen und dem öffentlichen Raum: vom permanent antichristlicheren Tenor in Nachrichten und zahlreichen Informationssendungen bis hin zum Kreuzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1998. Dabei spricht man nicht von „Laizismus“, sondern vom „säkularen Staat“, der religiös neutral sei – Laizismus also als rein formales Prinzip, das die Beziehungen der verschiedenen Religionen untereinander und ihr Verhältnis zum säkularen Staat zu regeln hätte. Ist der Laizismus aber wirklich nur ein formal-rechtliches Prinzip? Wenn wir die missionarische Inbrunst, ja den Hass sehen, mit dem Säkularisten und Laizisten gegen Kreuzifixe und Religionsunterricht zu Felde ziehen, können wir das nicht glauben. Das Abhängen von Kreuzifixen erscheint genauso als (inhaltlich invertiertes) Glaubensbekenntnis wie das Aufhängen. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich jeder Laizismus als säkulare Zivilreligion, in der es, wie in Jenseits-Religionen auch, liberale und inquisitorische Gläubigkeit gibt, wobei die Inquisitoren heute in der Zivilreligion deutlich stärker vertreten sind als in der christlichen.

8.1 Der innergesellschaftliche Kampf der Kulturen

Weder in der radikalen französischen noch in seiner deutschen light-Version ist der Laizismus als neutraler Vermittler zwischen den Religionen zu betrachten, sondern als eigenständige Zivilreligion und somit als Kombattant in der interkulturellen Auseinandersetzung der Gesellschaft. Der Verweis auf einen vermeintlich bloß formalen Charakter des eigenen Konzepts dient eher als taktisches Instrument, um sich die anderen Religionen unterzuordnen: Die „Menschenrechte“ – als wären sie keine Religion – sollen als übergeordnetes einigendes Band über den anderen Religionen stehen, insbesondere über den beiden Mitstreitern im Kulturkampf, nämlich der christlichen und der islamischen Religion.

Die etablierte Politik wehrt sich zwar immer noch, den Begriff des amerikanischen Soziologen Huntington vom „Kampf der Kulturen“ zu übernehmen. Nehmen wir deshalb zwei Beispiele aus unserer gesellschaftlichen Praxis, aus denen ersichtlich wird, dass man kulturelle Gegensätze nicht einfach wegdiskutieren kann! Zunächst

die Beschneidung von Knaben. Sie stellt einen medizinischen Eingriff dar mit der Möglichkeit schwerer, ja sogar tödlicher Komplikationen: In den USA beispielsweise gibt es einen Todesfall auf 14.000 Beschneidungen, in anderen Regionen der Welt, in denen das medizinische System weniger hoch entwickelt ist, insbesondere in Afrika, dürfte die Todesrate bei Beschneidungen von Knaben noch wesentlich höher liegen. Aus christlich- und auch aus atheistisch-humanistischer Sicht wäre ein solcher Eingriff nur bei *medizinischer*, nicht aber bei religiöser Indikation gerechtfertigt. Für Islamgläubige dagegen spielen medizinische Bedenken angesichts der großen religiösen Bedeutung des Rituals keine Rolle.

Hätten wir nun eine rein christliche oder eine rein säkular-menschenrechtsbasierte oder eine rein islamische Gesellschaft, gäbe es kein Problem. In kulturell gemischten Gesellschaften aber kommt es jetzt zu einem nicht *rational* lösbaren Konflikt. Ist es doch für die einen eine Menschenrechts- nämlich Körperverletzung von Kindern, die in ihrer Sicht nicht hingenommen, für die anderen eine Einschränkung von Religionsfreiheit, die genauso wenig toleriert werden dürfe. Im gesellschaftlichen Prozess zeigt sich dann, welche Kultur die stärkere, die „Leitkultur“ ist, indem sie sich gegen die anderen durchsetzt.

In diesem Beispiel verläuft die Trennungslinie zwischen (säkular und christlich) humanistischer Kultur einerseits und islamischer Kultur andererseits [wobei die Verwässerung christlicher Positionen durch kirchliche Würdenträger und die Involvierung der Juden in dieser Frage die Grenzen hier unscharf machen]. Anders verläuft die Trennungslinie beispielsweise in Auseinandersetzungen um die Abtreibung: nämlich zwischen christlichem Humanismus einerseits und säkular-atheistischem Humanismus (Menschenrechtsideologie) andererseits. In säkular-humanistischer Sicht geht es vor allem um die Interessen der Eltern: bei Abtreibungen innerhalb der gesetzlichen Frist vor allem um das Selbstbestimmungsrecht der Frau resp. Mutter; bei Spätabtreibungen darum, dass zum Beispiel die Belastung von Eltern durch ein behindertes Kind nicht zumutbar sei. Deshalb werden Indikationshürden immer weiter abgebaut und Spätabtreibungen mitunter schon wegen einer Hasenscharte des zu gebärenden Kindes vorgenommen. Das Recht der Frau auf ein unbehindertes Kind wird in säkular-menschenrechtlicher Sicht so zum höchsten Rechtsgut, was für einen christlich-basierten Humanismus inakzeptabel ist. Nicht nur, dass die Behinderung von Kindern zumeist nur statistisch vorhergesagt werden kann und so auch zahlreiche Kinder, die überhaupt keine Behinderung hätten, abgetrieben werden: Eine Gesellschaft, die systematisch darauf hinarbeitet, keine Behinderten mehr zu haben, ist in christlicher Sicht eine eugenisch-satanische Angelegenheit. Somit kommt es hier zu einem fundamentalen Zusammenprall zwischen säkular-humanistischer und christlich-humanistischer Kultur.

Wie die ausgeführten Beispiele zeigen, geht es also nicht um rationale oder gar „wissenschaftlich“ begründbare Entscheidungen, sondern um überrational-weltanschauliche Grundsatzentscheidungen im Rahmen einer bestimmten kulturellen Prägung. Die großen ethnokulturellen Unruhen der letzten Jahre in Paris, Birmingham und Amsterdam zeigen, dass sich in westlichen Gesellschaften mit zunehmender Zuwanderung interkulturelle Zusammenstöße (clashes of civilizations) verschärfen. In der Pariser Banlieue haben Migranten bereits mit scharfer Munition gegen die französische Polizei gekämpft.

So erscheint es immer mehr als Illusion, von einem primär friedlichen und harmonischen Zusammenleben verschiedener Kulturen in einem Staat ausgehen zu

können. Je verschiedener die Kulturen, desto größer die Spannungen! Soziale und wirtschaftliche Probleme sind oft nur noch die Lunte, an denen sich die kulturellen Gegensätze entzünden.

8.2 In Europa haben wir drei Kombattanten, die um kulturelle Vorherrschaft ihrer Religion und die Position einer gesellschaftlichen Leitkultur streiten (wobei wir bei „Kulturen“, die von *säkularen* Religionen ausgehen, besser nur von „Zivilisation“ sprechen):

- eine traditionelle *christlich-europäische* Kultur,
- eine, von der Herkunftsregion der Zuwanderer geprägte, bei uns *türkisch-muslimische* Kultur und
- eine US-amerikanisch geprägte *säkulare Menschenrechtszivilisation* auf der Basis der Menschenrechtsideologie (Synonyme: Menschenrechtsreligion, säkularer Humanismus, atheistischer Humanismus, autonomistischer Humanismus, humanistische Zivilreligion u.a.)

Religion im kulturellen und politischen Kontext muss hier weit gefasst werden. Es geht nicht um Details konfessioneller Festlegungen, sondern um *Grundausrichtungen* von Menschen, also um das, was sie von den letzten Dingen denken und fühlen: Gibt es ein Leben nach dem Tod oder ist mit dem Tod alles zu Ende? Gibt es einen Gott? Greift dieser ins Geschehen ein? Oder schaut er nur zu? Hat das Leben einen Sinn, oder ist alles nur Zufall? usw.

Solche Grundhaltungen, die das Wesen von Religion ausmachen, gehen auch in grundsätzliche und sich langfristig auswirkende politische Entscheidungen ein. Religionssoziologen wie Max Weber, Müller-Armack und andere haben dazu interessante Gedanken entwickelt. Dabei kommen wir, wenn wir das Thema verstehen wollen, nicht umhin, uns auch mit der Theologie der Religionen zu befassen und uns deren spezifische Unterschiede bewusst zu machen.

8.3 Der **Islam** beispielsweise kennt nur einen Gott-Vater, keinen Gott-Sohn. Der Gott wird hier nicht Mensch, das Menschliche (der Christus im Christentum) ist im Islam kein Wesensmerkmal des Göttlichen. Es besteht eine absolute (ontologische) Grenze zwischen Mensch und Gott. Der islamische Gott ist im wahrsten Sinne des Wortes un-menschlich, in-human. Dementsprechend ist und bleibt der Mensch im Islam auch psychologisch immer nur der Sklave Gottes.

Das **christliche Gottesbild** dagegen ist genuin humanistisch. Hier wird Gott zum Menschen. Das heißt: Das Menschliche wird in den göttlichen Rang erhoben und die Grenze zwischen Mensch und Gott gegenüber dem Islam entscheidend relativiert -- wobei aber nicht der Gott erniedrigt, sondern der Mensch erhöht wird, nämlich zum Kind Gottes, d.h. zum *werdenden* Gott.

Im atheistischen Humanismus der **Menschenrechtsreligion** dagegen braucht man den Gott überhaupt nicht mehr. Es gibt nur noch den Menschen, der aus sich heraus seine Rechte ableitet. Dementsprechend ist nur noch von *Menschenrechten* und nicht mehr von *Gottesrechten* und *Menschenpflichten* die Rede. Gott wird als Verantwortungsinstanz über Bord geworfen. Man bewegt sich moralisch leichtfüßig durchs Leben und glaubt, Normen, die über Jahrhunderte Kulturen und Zivilisationen getragen haben, ohne Skrupel im Mülleimer der Geschichte entsorgen zu können („mein Bauch gehört mir“ etc.).

Wenn man den Islam als reine *Vater-Religion*, das Christentum dann als *Vater-Sohn-Religion* sieht, in der es also Gott-Vater *und* Gott-Sohn gibt, dann erscheint der atheistisch-autonomistische Humanismus sozusagen als reine *Sohn-Religion*, wobei mit dem Verlust des Gott-Vaters zusehends das Göttliche überhaupt im Menschensohn dahinschwindet und er sich zu guter Letzt nur noch als Tier, als modifizierter Affe empfindet. In der Trostlosigkeit der tierischen Existenz florieren Ersatzreligionen, und Depressionen und Drogensucht nehmen in solchen Gesellschaften beängstigend zu.

Das Christentum als Vater-Sohn-Religion steht in dieser theologischen Betrachtung also in der Mitte zwischen der reinen Vater-Religion des Islam und der reinen Sohn-Religion der säkularen Menschenrechtsideologie.

Es ist kein Zufall, dass sich der Humanismus mit seinem hoch entwickelten Ideal vom Menschen und seiner Freiheit nur im christlichen Kulturkreis, in Europa, entwickeln konnte und explizit nicht im islamischen. Wie die Menschenrechtsreligion, deren Prototyp-Gesellschaft die amerikanische ist, kulturelle Dekadenz fördert, so bleiben islamische Gesellschaften zivilisatorisch unterentwickelt, was augenscheinlich ist. Die europäischen Gesellschaften, allen voran die deutsche, polarisieren sich in diesem Sinn leider immer mehr: Auf der einen Seite werden sie immer amerikanischer, auf der anderen Seite aber erstarken durch Zuwanderung die Kräfte des Islam.

8.4 In diesem Zusammenhang also die häufig gestellte Frage: **Gehört der Islam zu Deutschland bzw. zu Europa?**

Schon von seinem paternalistischen theologischen Grundkonzept her (reine Vater-Religion) und der *sich daraus ergebenden* archaisch-traditionalistischen Kultur (Beschneidung, Burka, Zwangsehen, autoritärer Patriarchalismus, Scharia) steht er in fundamentalem Gegensatz zu einem christlich-europäisch-humanistischen Weltbild (Christentum = Vater-Sohn-Religion), was geschichtlich immer wieder in heftigem Aufeinanderprallen beider Kulturkreise offenbar geworden ist.

Selbstverständlich gehören die in Deutschland lebenden Moslems, wie auch die hier lebenden Hinduisten, Buddhisten usw. zur europäischen Bevölkerung und damit auch zu Europa. Deswegen gehören aber nicht automatisch auch Islam, Hinduismus und Buddhismus zu Europa, d.h. zum Ideengehalt und zur Geschichte, die wir mit diesem Begriff verbinden.

Zwischen Hinduismus, Buddhismus usw. auf der einen und Islam auf der anderen Seite besteht insofern noch ein Unterschied, als Erstere gegenüber dem Christentum als relativ neutral, also als achristlich und nicht als *antichristlich* gesehen werden können. Geschichtlich haben sie wenig unmittelbare Berührungspunkte zu Europa. Der Islam dagegen spielte eine große Rolle in der europäischen Geschichte, allerdings nicht im konstruktiven, sondern im gegensätzlich-feindlichen Sinn. Über Jahrhunderte bedrohte er die Existenz Europas und muss in diesem Sinn sowohl theologisch (siehe oben) als auch geschichtlich nicht als *nichtchristlich* und *nichteuropäisch*, sondern als *antichristlich* und *antieuropäisch* gesehen werden. Deshalb ist es kein Zufall, wenn bei Umfragen im Jahr 2013 über 50 % der europäischen Bevölkerung erklären, sie hielten den Islam für eine „gefährliche Religion“.

Was die säkulare Menschenrechtsideologie anlangt, so gehört sie zunächst einmal zu Europa, weil sie hier entstanden ist. Ihre wesentliche Ausformung und

Weiterentwicklung hat sie allerdings in den USA erfahren. Gerade bei gewissen Freiheitsrechten spricht man zu Recht von „amerikanischen“ Werten, womit auch ausgedrückt wird, dass sich die USA vom tradierten Selbstverständnis Europas wegbewegt haben. Die *amerikanischen* Werte sind nicht unbedingt *europäische*.

[Fragebogen F 18]

8.5 Bevor wir erörtern, ob und wieviel z. B. Darwinistisch-Säkulares in eine europäische Identität gehört, sollten wir klären, ob der Darwinismus *als Weltanschauung*, wie er vorgibt, eine Wissenschaft ist und von daher religiösen Auffassungen überlegen wäre. Dass er als *Theorie in Bereichen der Naturwissenschaft* Gültigkeit besitzt, ist unstrittig. Wenn er freilich zur universalen Weltansicht erhoben wird, beansprucht er, mit seiner relativ platten Formel *Survival of the fittest* sozusagen en passant zwei Grundfragen der Philosophie und der Menschheit überhaupt gelöst zu haben -- Fragen, die mit den Methoden der Wissenschaft gar nicht lösbar sind: so die Frage, ob es so etwas wie Gott und Geist gibt oder ob alles nur „Materie“ ist.

Abgesehen davon, dass es keine physikalische Definition für „Materie“ gibt, kann Wissenschaft nur feststellen, dass Materie da ist und wie sie sich verhält. Was sie wirklich ist, was z. B. „dunkle Materie“ oder „dunkle Energie“ ist, darüber weiß sie nichts, und schon gar nicht kann sie von der genuinen Begrenztheit ihrer Methode her Aussagen machen, ob es neben und jenseits der Materie und unabhängig von ihr noch etwas anderes gibt, nämlich Geist oder Gott.

Entsprechendes gilt für die zweite Grundfrage: Ist der Mensch *nur* ein Tier, oder ist er ein Tier, das Göttliches in sich trägt und zum Göttlichen aufsteigen kann? Auch hierzu kann Naturwissenschaft nichts, aber auch gar nichts aussagen. Denn mit Elektroenzephalogrammen oder Kernspin-Tomographen oder mit irgendwelchen anderen technischen Möglichkeiten der Zukunft wird man immer nur Materielles, und nicht Immateriell-Geistiges feststellen können. Das heißt: Mit Naturwissenschaft kann man per definitionem nur Natur, aber nicht Göttliches erfassen. Man kann Göttliches also nicht (natur)wissenschaftlich falsifizieren!

Wer deshalb behauptet, die These, der Mensch sei ein Affe, sei „wissenschaftlich“ bewiesen, ist kein Wissenschaftler, sondern hat keine Ahnung von dem, was Wissenschaft ist und was sie kann.

Natürlich kann man *glauben*, dass Materie ewig ist. Man kann auch *glauben*, dass sie aus dem Nichts entstanden ist und dass der Mensch nur ein Tier ist, dass nichts Göttliches in ihm ist und es überhaupt nichts Göttliches gibt. Aber das ist dann eben ein *Glaube*, und keine Wissenschaft. Der Darwinismus, wenn er als *Weltanschauung* auftritt, stellt sich als säkularer Glaube anderen Glaubensreligionen entgegen. Wenn er viele Menschen findet, die sich wie Affen fühlen, wird er ohne Zweifel auch viele Anhänger finden. Aber eine intellektuelle oder gar wissenschaftlich begründete Überlegenheit den anderen Religionen gegenüber wird er nicht geltend machen können, im Gegenteil: Die moralischen und sonstigen Implikationen, wenn man aus der menschlichen Gesellschaft einen Tierpark und aus den Menschenrechten dann konsequenterweise ein Tierschutzproblem macht, sind so ungeheuerlich, dass man sich wundert, wie eine solch marode biologistische Ideologie so aufgeblasen daherkommen kann.

[Fragebogen F 19]

9.0 Was ist Identität allgemein und was bedeutet „europäische Identität“?

Wenn ich mich mit etwas „identifiziere“, bedeutet das nicht bloß „Zustimmung“, auch nicht bloßes „Sympathisieren“, sondern eine verschmelzende Vereinnahmung mit dem Gefühl vollständiger Einheit. Soweit die subjektiv psychologische Seite des Problems, die natürlich ein objektives Gleichheitskorrelat haben muss, d.h. eine tatsächliche Entsprechung in der Wirklichkeit. Sonst nämlich kommt es schnell zu einer „Identitätskrise“ und zum Auseinanderbrechen der Identität. Es gibt Zeiten, zum Beispiel 1945 oder 1989, in denen durch die politischen Verhältnisse viele Menschen von einem solchen politischen Identitätsbruch betroffen waren. Auch in der Zukunft wird er gerade den Menschen nicht erspart bleiben, die sich jetzt so vollständig mit der rot-grünen Zeitgeistideologie identifizieren.

„Sich mit etwas identifizieren“ bedeutet aber nicht nur Inklusion, insofern man etwas Äußeres zum Inneren, zum Eigenen macht, sondern immer auch Exklusion, insofern man etwas Äußeres, Fremdes bewusst oder unbewusst explizit nicht zum Eigenen macht und vom Eigenen ausgrenzt. Es gibt linke Soziologen, die meinen, solcherart Exklusion von Fremdem bei der Identitätsbildung wäre Ausdruck einer individuell schwachen Persönlichkeit. Sie haben nicht verstanden, dass Identitätsfindung nie nur individuell stattfinden kann, sondern immer auch kollektivorientiert ist und jede Definition und Selbstdefinition sui generis einen Ausschluss von Fremdem impliziert.

9.1 Was bedeutet nun der Begriff *Identität* im Zusammenhang mit Europa? Im August 2013 hat Ronald Asch einen Artikel mit dem Thema *Welches Europa wollen wir* veröffentlicht, in dem er statt transnationaler Homogenität mit Festlegung auf traditionelle (christliche) oder staatsbürgerschaftliche Konzepte („Verfassungspatriotismus“) „hybride Identitäten“ als Spezifität Europas vorgeschlagen hat. Europa habe sich immer durch Antagonismen definiert, und Schiller zu Recht sogar den Dreißigjährigen Krieg als ein in diesem Sinn identitätsstiftendes Ereignis interpretiert.

In der Tat ging es in Europa immer um Streit, zwischen Kaiser und Papst, zwischen Reich und Nationalstaaten, zwischen Kirche und Ketzern usw. Aber es gehört zum Wesen der europäischen Streitkultur, dass man nicht um des sich Streitens willen, sondern im unbedingten Wollen einer neuen Einheit gestritten hat. Den Europäern ging es so sehr um ihre Einheit, d.h. um *eindeutige* Identität, dass sie bereit waren, dafür blutigste Kriege zu führen.

9.2 Diese Einheit war nie eine monolithisch-statische, sondern eine fragildynamische, deren Mitte sozusagen zwischen den Extremen oszillierte und immer wieder neu konkretisiert werden musste. Die europäische Streitkultur war also immer auf Entscheidung ausgerichtet, sie war eine *Entscheidungskultur*. „Hybride Identitäten“ sind insofern nicht europäisch, als sie volatile Beliebigkeit und eine Kapitulation vor der Entscheidung bedeuten. Europa hat in all seiner Vielheit immer die Einheit gesucht, und wenn es diese nicht immer wieder gefunden hätte, wäre es zu so etwas wie „Europa“ überhaupt nicht gekommen.

Es ist richtig: Wir stecken in einem historischen Umwälzungsprozess und müssen nach dem Absterben des christlichen Abendlands unsere europäische Identität neu suchen und definieren. Aber das Ziel dieses Suchens kann nicht eine hybride Lösung, ein Nebeneinander von Lösungen, sondern muss ein wie immer gearteter

gemeinsamer Nenner sein, auf dessen Basis man dann spezifisch von „Europa“ sprechen kann.

9.3 Auf welchen Ebenen bewegen wir uns, wenn wir diese europäische Identität suchen? Das Konzept ethnischer Homogenität hat sich mit dem Nationalsozialismus erst einmal erledigt, wie in gleicher Weise die entgegengesetzte sozialistische Identifizierungsebene mit dem Sowjetkommunismus gescheitert ist. Politisch gibt es freilich immer wieder Modifizierungsversuche beider Konzepte, die dann nicht nur zur Lösung allgemeiner politischer Probleme, sondern auch als Spezifizierungsmerkmal z. B. für eine europäische Identität angeboten werden.

In Deutschland ist diesbezüglich das Habermassche Modell vom „Verfassungspatriotismus“ erwähnenswert: zunächst ein rein säkulares staatsbürgerschaftliches Konzept, das statt Abstammung und Sprache eine demokratische Verfassung mit Meinungs-, Versammlungs-, Pressefreiheit usw. zum einigenden Band der Gesellschaft machen will und damit nicht nur eine staatlich-institutionelle Einheit anstrebt, sondern eine Identifizierung mit den *Werten* der Verfassung. Die „Menschenrechte“ werden sakralisierend zu einer Zivilreligion aufgeladen, mit der sich die Bürger des Staates auch emotional identifizieren können sollen, indem sie sozusagen verfassungspatriotische „Emotionen“ entwickeln. Es handelt sich hier um das bereits diskutierte Konzept einer politisch-säkularen Zivilreligion, die die alte christliche Religion als gesellschaftliches Identifizierungsmerkmal ablösen soll.

9.4 Wir nähern uns Schritt für Schritt und per exclusionem dem, was denn europäische Identität sein könnte. Dabei suchen wir immer wieder Lösungen in der Mitte von Gegensätzen. So wollen wir keine Volksgemeinschaft mit ethnischer Homogenität, aber auch keine salad bowl society, die Gesellschaft nur noch als individualistisches Nebeneinander und nicht mehr als geistige Einheit begreift. Unsere Antwort der Mitte ist hier ein Bekenntnis zu *kultureller* Homogenität, und diese nicht primär als Ausgangspunkt, sondern als immer wieder anzustrebendes Ziel. Das heißt: Europa ist offen für nichteuropäische Zuwanderer, nicht im Sinne eines beliebigen Nebeneinanders von Kulturen, sondern im Sinne einer kulturellen Einheit, die als europäische Leitkultur die Gesellschaft zusammenzuhalten hat.

Wir lehnen einen Verfassungspatriotismus ab, der politische Werte religiös auflädt und eine uneuropäisch transzendenzlose Zivilreligion zum einigenden Band der Gesellschaft machen will. Aber selbstverständlich wollen wir auch kein theokratisches System à la Iran, sondern wissen die Vorzüge einer demokratischen Verfassung zu schätzen, durch die Macht kontrolliert werden kann und die Möglichkeit besteht, Politik nicht nur von oben, sondern auch von unten, vom Volke her, zu gestalten.

Europa liegt zwischen Amerika und Asien – eine symbolträchtige Geographie: hier Kollektivismus, Überordnung, Diktatur, dort exzessiver Individualismus mit anarchoiden Tendenzen. „Mein Bauch gehört mir“ oder das Ideologem von der „sexuellen Präferenz“: Das sind nicht europäische, sondern „amerikanische Werte“. Die Brüsseler EU mit ihrem Apparatschik-Zentralismus dagegen erinnert uns an asiatische Großreiche der Geschichte in China, Persien oder der osmanischen Türkei.

Politisch sind die Identität und damit die Freiheit Europas durch eine weit fortgeschrittene Amerikanisierung von der einen und eine langsam progrediente Islamisierung von der anderen Seite her gefährdet.

Noch einmal zu den Menschenrechten! Das „Menschenrecht“ des Kindermörders *Gaefgen*, nicht gefoltert zu werden, stellt in der EU ein höheres Rechtsgut dar als das Lebensrecht des entführten Kindes. Das wollen wir nicht! Wir suchen auch hier die Mitte zwischen „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ und „Der Entführer darf nicht gefoltert werden, auch wenn ein Kind dann stirbt.“

Man kann diese Kultivierung der Mitte zwischen zwei Extremen als erstes spezifisches Identifizierungsmerkmal einer europäischen Identität festhalten. In diesem Sinn gilt:

1. Wir wollen keine Großmacht sein, aber auch nicht Befehlsempfänger einer Großmacht.
2. Wir wollen keine Abschottung, aber auch keine Überfremdung.
3. Wir wollen keinen Gottesstaat, aber auch keinen gottlosen Staat.

9.5 Damit sind wir auf der Identifizierungsebene angelangt, auf der Europa Jahrhunderte lang zusammengehalten wurde und auf der es letztlich entstanden ist – so zumindest Johann Wolfgang von Goethe:

„Europa ist von Wallfahrern gegründet worden und das Christentum seine Muttersprache.“

In welchem Sinn könnte das Christentum noch oder wieder Europa auf der Suche nach seiner Identität inspirieren? Zunächst geht es weniger um Religion als um Kultur, also um das, was sich in einer Gesellschaft geschichtlich aus einer Religion heraus entwickelt hat. Es geht also um ein *Kulturchristentum*, das unabhängig von individueller Religiosität sich mit der von dieser Religion erhaltenen Grundprägung identifiziert, deren Werte schätzt und deren Traditionen bewahrt, zum Beispiel christliche Feiertage, Weg- und Gipfelkreuze, Kirchen als Bauten wie auch als Institutionen usw. Nicht zuletzt verteidigt es seine Geschichte, die trotz schrecklicher Abgründe eine große und einmalige Geschichte ist. Denn wer -- die Anti-Eurozentristen mögen im Dreieck springen -- hätte die gesamte übrige Welt kulturell und zivilisatorisch mehr geprägt und deren historischen Fortschritt gefördert als Europa? Es war Europa, das sehr vielen Menschen und sehr vielen Regionen dieser Welt Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende an notabene leidvoller Evolution erspart hat!

Aber ein Kultur-Christentum allein reicht nicht für eine neue, irgendwie christlich basierte Identität Europas, die sich politisch manifestieren soll. Es muss darüber hinaus einen gemeinsamen weltanschaulichen Nenner geben, der über eine bloß politisch-rechtliche Einheit hinausgeht, wobei wir hier den entscheidenden Schritt zu einer solchen Einheit schon getan haben: zum einen durch die Abgrenzung vom Islam mit seiner paternalistischen Theologie, seiner patriarchalisch autoritären Gesellschaftspraxis und seinem archaischen Traditionalismus (Beschneidung etc.); zum anderen vom Darwinismus, der in biologistischer Kurzsichtigkeit glaubt, eine, wenn nicht *die* Kernidee des christlich-europäischen Humanismus verwerfen zu können, nämlich die vom Göttlichen im Menschen: der Mensch ein Affe – das ist eine intellektuelle und moralische Zumutung und nicht kompatibel mit europäischer Identität!

Christlich inspirierte europäische Identität müsste sich weltanschaulich also in der Mitte zwischen Islam und autonomistischer Menschenrechtsreligion verorten, wobei dies weder eine Rückkehr zu institutionalisierter Kirchenmacht noch gar eine Abkehr von individueller Glaubensfreiheit bedeutet. Um im Hinblick auf politische Regulierung individueller Religiosität jedwedes Missverständnis auszuschließen, spreche ich explizit nicht von „christlicher“, sondern von *prochristlicher* Weltanschauung. Wer sich auch von diesem Begriff provoziert fühlt, will nicht Europa, sondern etwas Anderes. Das gilt zum Beispiel für die Brüsseler EU, die in ihren Grundsatzdokumenten generell und systematisch jeden christlichen Bezug meidet. Das gilt auch für den politischen Islamismus, der ausgerechnet den Islam, für den das christliche Europa immer ein rotes Tuch war, zum Bestandteil europäischer Identität machen will.

Zusammengefasst bedeutet europäische Identität also

1. eine Entscheidungskultur der Mitte, das heißt eine Positionierung zwischen zwei Extremen nicht in dem Sinn, dass man profillos und opportunistisch zwischen diesen hin- und herschwankt, sondern in dem Sinn, dass die eigene Position durch bewusste und dezidierte Abgrenzung von den Extrempositionen deutlich wird;
2. ein Bekenntnis zur Geschichte und Tradition des christlichen Abendlandes in dem Sinn, dass dessen Größe und Einmaligkeit gegenüber destruktiver Zeitgeistkritik verteidigt und in einem neu entstehenden Europa der geistige und politische Nachfolger dieses Abendlandes gesehen wird;
3. eine prochristliche Weltanschauung, die sich in bewusster Abgrenzung von Islam (der Mensch als Sklave Gottes) und Darwinismus (der Mensch als Affe) zur christlich-humanistischen Kernidee vom Göttlichen im Menschen bekennt.

Es gehört zum Wesen eines neuen Europa, dass seine Identität nicht, wie derzeit, von irgendeinem Gerichtshof in Straßburg oder sonstwo eingefordert und überwacht wird, sondern eine geistig freie Entscheidung der Menschen in Europa ist, die sie miteinander verbindet. Eine solche Identität fällt nicht vom Himmel, sie muss erstritten werden und entsteht aus Konflikten, über deren Wesen schon Goethe sagte:

„Das eigentliche, einzige und tiefste Thema der Welt- und Menschengeschichte, dem alle übrigen untergeordnet sind, bleibt der Conflict des Unglaubens mit dem Glauben.“

[Fragebogen F 20]

10.0 Totalitarismus-Theorie und „Kampf gegen Rechts“:

Die *Anti-Totalitarismus-Konzeption* war nach der Niederlage des Nationalsozialismus und mit der Errichtung einer kommunistischen Diktatur im Osten Deutschlands über Jahrzehnte die Basis politischer Auseinandersetzungen im westlichen Teil unseres Landes. Nach der Wiedervereinigung änderte sich das, und heute kann man sagen, dass in der etablierten deutschen Politik das *Anti-Totalitarismus-Konzept* durch das *Kampf gegen Rechts-Konzept* abgelöst worden ist. In einem Fall geht man von zwei Extremen und einer politischen Mitte aus. Das Positive der Extreme wird in der Mitte integriert, das Negative ausgegrenzt. Je breiter die Mitte, desto stabiler und harmonischer die Gesellschaft. Extreme, die die Verbindung zur Mitte verloren haben

und ihre Politik nicht mehr mit parlamentarischen Mitteln, sondern mit Gewalt durchzusetzen versuchen, gelten als totalitär und als Gefahr für die Gesellschaft.

10.1 In der *Kampf gegen Rechts*-Konzeption gibt es auch rechts und links, aber keine Mitte. Diese schmilzt zu einer Barrikade zusammen. Man unterscheidet nicht mehr zwischen rechtsextrem und rechtsdemokratisch und nicht mehr zwischen linksextrem und linksdemokratisch. Es geht nur noch um die Frage: diesseits oder jenseits der Barrikade. Links ist gut, und rechts ist schlecht. Also auch rechtsdemokratisch ist schlecht, und auch linksextrem ist gut. Es ist deshalb keine sprachliche Schlamperei der Linken, wenn sie nicht vom „Kampf gegen Rechtsextrem“, sondern vom „Kampf gegen Rechts“ sprechen. Es ist genau das, was sie wollen und tun! Nicht zuletzt dient ihnen der Kampf gegen Rechts dazu, vom eigenen Extremismus abzulenken und das Gefühl zu erwecken, es gebe nur noch eine Gefahr von Rechts.

Die *Kampf gegen Rechts*-Konzeption ist im Sinne der *Anti-Totalitarismus*-Konzeption eine linksextreme Konstruktion, ein Ideologem des Linksextremismus. Mit ihm hat das alte kommunistische Klassenkampf- und Barrikadendenken der DDR in Gesamtdeutschland Einzug gehalten. Langfristig wird dadurch die Mitte der Gesellschaft zerstört und die Gesellschaft nachhaltig gespalten. Eine alternative Politik muss hier gegensteuern und wieder zum Anti-Totalitarismus-Konzept der alten Bundesrepublik zurückkehren, d.h. die Mitte stärken und den Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus führen, wobei derzeit, im Gegensatz zur medialen Darstellung, die Gefahr von Links größer ist als die von Rechts. Die linken Protagonisten sind völlig im System integriert (siehe Talk Show-Interviews etc.), die rechten dagegen politisch und medial völlig isoliert.

10.2 Es ist nicht nur undemokratisch, sondern auch ungesetzlich, wenn die NPD, solange sie nicht verboten ist, permanent von Autonomen und diversen Gutmenschen an der Abhaltung ihrer legalen Veranstaltungen gehindert wird. Auch und gerade wenn man politisch mit ihr nichts am Hut hat, gilt es, sich nicht opportunistisch wegzuducken, sondern die Einhaltung demokratischer Spielregeln ihr gegenüber zu verteidigen. Was ein Verbot der NPD anlangt, so wird ein solches bekanntlich vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen und nicht von den Vorständen politischer Parteien oder gar von der Antifa. Man sollte die NPD nicht dämonisieren, sondern sich politisch mit ihr auseinandersetzen, und auf der anderen Seite die PDS-Linke nicht hofieren und ihr in den Medien den roten Teppich ausrollen. Extreme Parteien sollten formal gleich behandelt. So funktioniert Demokratie.

10.3 Was bedeutet nun überhaupt rechts und links in der Politik? Ist dieser Gegensatz wirklich obsolet? Gibt es eine „Sachpolitik“ jenseits des politischen Rechts-Links-Konzeptes?

Zunächst ist es wichtig, dass der entscheidende Gegensatz nicht der zwischen rechts und links ist, sondern der zwischen Extremismus und Mitte! Dennoch besteht kein Grund, das Rechts-Links-Spektrum als politisches Ordnungssystem abzuschaffen. Beispiele:

- In der Erziehung setzen die einen mehr auf Familie, die anderen mehr auf Staat, weshalb die einen für ein Betreuungsgeld, die anderen für den Ausbau

von KITAs sind. (Inzwischen ist die Verstaatlichung der Kinder hier weit fortgeschritten).

- In der Schule favorisieren die einen das Forderungs- und die anderen das Förderungsprinzip, was auch auf andere Bereiche übertragen werden kann.
- In der Wirtschaft- und Sozialpolitik setzen die einen mehr auf Leistungsgerechtigkeit, die anderen mehr auf Verteilungsgerechtigkeit.
- Bei der Sozialhilfe denken dann die einen mehr an diejenigen, die morgens aufstehen müssen und arbeiten, damit die anderen weiter schlafen können, und die anderen denken mehr an die, die zwar morgens weiter schlafen können, dafür aber am Existenzminimum herumkriechen.

In diesem Sinn könnte man es als „Sachpolitik“ bezeichnen, wenn eine Partei, die in der Mitte steht, je nach politischer Situation immer die vernachlässigte Richtung stärkt, um die Balance wiederherzustellen.

Würde man die hier dargelegten Themen in einem *Rechts-Links*-Schema betrachten, wäre das Prinzip ethnischer Homogenität natürlich ein rechtes, das kultureller Homogenität eines der Mitte und das des Verfassungspatriotismus ein linkes. Geschichtlich sehen die Rechten den Ursprung Europas vor allem in der heidnisch-germanischen Zeit, in Karl dem Großen einen „Sachsenschlächter“ und im Christentum das Eindringen einer „raumfremden“ Religion. Für die politische Mitte dagegen beginnt mit Karl dem Großen das christliche Abendland, und die mittelalterlichen Kathedralen sind ihnen steinern mächtige Kernsymbole unserer Kultur. Für die Linken dagegen beginnt Europa mit der Renaissance, so richtig aber erst mit Aufklärung und Französischer Revolution. Davor ist für sie alles „finsteres Mittelalter“.

Nicht zuletzt artikuliert sich der politische *Rechts-Links*-Gegensatz im Verhältnis von Individuum und Staat. Die einen setzen vor allem auf das Individuum und seine Selbstverantwortung, die anderen auf den Staat und seine Schutzfunktion. All diese Dinge sind nicht grundsätzlich strittig, wohl aber bezüglich der Einschätzung, welche Lösung im *konkreten* Fall die bessere ist.

Für eine alternative Politik sieht die Situation heute so aus, dass insgesamt die rechte Seite des politischen Spektrums gestärkt und die linke geschwächt werden muss. Werfen wir deshalb nochmals einen speziellen Blick auf Strategie und Taktik der Linken und auf deren Kampfbegriffe und -argumente in ihrem sog. Kampf gegen Rechts.

[Fragebogen F 21]

10.4 Die wichtigsten Kampfbegriffe und - argumente im sog. *Kampf gegen Rechts*.

- „europafeindlich“, Nationalismus
- Homophobie
- fremdenfeindlich, „menschenfeindlich“
- Rassismus, „Kulturrassismus“
- „Rechter“, Rechtspopulismus, Nazi
- islamfeindlich, „Islamophobie“
- Antisemitismus

Diese Begriffe werden im rot-grünen Sinn vordergründig und undialektisch, d.h. einseitig ohne Gegenpol definiert; oft auch psychologistisch: Man unterstellt Einbildungen und Wahnvorstellungen, denen angeblich ein objektives Korrelat fehle. Ihr Einsatz in der politischen Auseinandersetzung erfolgt etikettenhaft und oft willkürlich („Antisemitismus-Keule“, „Rassismus-Keule“ usw.), und in den meisten Fällen sind die Vorwürfe bei objektiver inhaltlicher Beurteilung nicht berechtigt oder zumindest nicht angemessen. Man will damit die eigene argumentative Schwäche kaschieren und den Gegner persönlich diskreditieren, wie überhaupt fehlende argumentative Stringenz durch emotionale Entrüstungsrituale ergänzt bzw. ersetzt wird. An vier Begriffen sei dies beispielhaft erläutert:

10.5 „Überfremdung“:

Wer diesen Begriff verwendet, gilt als „rechts“. In *Wikipedia* lesen wir dazu unter der Überschrift *Wissenschaftlicher Diskurs* Folgendes :

<< Vorstellungen von „Überfremdung“ sind auch heute in Teilen der Gesellschaft virulent (!) und unterstützen zum Teil die Bildung der eigenen Identität des Subjekts ...

Personen, welche ihre Identität zum Teil aus fremdenfeindlichen Ideologemen, wie dem der „Überfremdung“, bilden, können dieses Gefühl je nach der eigenen Überzeugtheit als Realität begreifen ...

Durch diese Vorstellung von wesenhaften eigenen und fremden Gruppen und „Lebensräumen“ kann die Person verschiedenste gesellschaftliche Veränderung -- wie zum Beispiel Wanderungsbewegungen -- in seiner Weltsicht unabhängig ihrer empirischen Messbarkeit in ein Szenarium der Bedrohung verwandeln und es als solches wahrnehmen. >>

Es wird also suggeriert, Überfremdung sei nicht ein Begriff, der unter bestimmten Bedingungen seine Berechtigung haben kann, sondern ein per se „fremdenfeindliches Ideologem“. Psychologisch handle es sich um ein „Gefühl“, das die Realität verkenne und Dinge als Bedrohung empfinden lasse, die objektiv gar keine Bedrohung darstellen; also ein *krankhaftes* Gefühl, eine Art Wahn -- so weit die Politologen von Wikipedia!

Nun gibt es aber für jedes Kollektiv, für jede Gesellschaft etc. im Verhalten gegenüber Fremden und Fremdem neben zahlreichen Zwischenpositionen grundsätzlich zwei extreme Möglichkeiten:

- einerseits sich abzuschotten und grundsätzlich zu verschließen und dadurch die eigene Weiterentwicklung zu blockieren und letztendlich „inzestuös“ zu degenerieren;
- andererseits sich vollständig zu öffnen und dabei im Fremden aufzugehen, d.h. die eigene kollektive Identität zu verlieren.

Wissenschaftlich wäre es, die beiden Extremmöglichkeiten inhaltlich-dialektisch zu diskutieren und Kriterien zu entwickeln, anhand derer man feststellen kann, in welchem Zustand sich eine Gesellschaft diesbezüglich befindet. So macht es wohl einen Unterschied, ob man die deutsche Gesellschaft im Jahr 1970 oder im Jahr 2013 für überfremdet hält. Wer das 1970 tut, kann mutmaßlich als xenophob bezeichnet werden. Im Jahr 2013 dagegen ist das Thema durchaus diskussionswürdig. Allein 2012 wurden in Deutschland über 1 Million neue Zuwanderer registriert. Ab wieviel Millionen Zuwanderer also dürfen wir von „Überfremdung“ sprechen? Oder existiert das Phänomen Überfremdung objektiv nicht, ist es ein reiner Psychologismus?

Tatsächlich fokussiert die offizielle Politologie, siehe Wikipedia, ausschließlich auf die eine Seite des Problems und konnotiert den Begriff *Überfremdung* von vornherein negativ, nämlich als „fremdenfeindliches Ideologem“. Dieses wird dann formal zur Definition von „rechts“ bzw. „rechtsextrem“ verwendet: Wer sich überfremdet fühlt, gilt, unabhängig von objektiven Bedingungen, als „Rechter“.

Eine Politologie, die so argumentiert, kann nicht als Wissenschaft, sondern muss primär als Ideologie betrachtet werden. Mehr noch als für andere Kultur- und Sozialwissenschaften gilt für sie die Marxsche Feststellung: Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden. In diesem Sinn hat sie die Funktion, die Argumentation der herrschenden Politik „wissenschaftlich“ zu untermauern und dadurch glaubwürdiger daherkommen zu lassen. Letztlich wird Wissenschaft so zu einem Element psychologischer Kriegsführung gegen die Fundamentalopposition des politischen Systems instrumentalisiert.

10.6 Warum sind solche Überlegungen wichtig für die Erarbeitung eines Parteiprogramms der AfD? Warum überlässt man entsprechende Diskussionen nicht universitären Seminaren? Der politische Kampf ist in demokratischen Staaten im Wesentlichen ein Kampf um Definitionshoheit. Nur wer die Definitionshoheit erobert, kann langfristig politische Macht ausüben. Deshalb spielt die universitäre Politologie für etablierte Politiker eine wichtige legitimierende Rolle, nicht zuletzt im Hinblick auf die Anwendung diverser Etikettierungen wie „Rechtspopulismus“, „Rassismus“ usw. Im Übrigen stützte auch die SED ihre politischen Argumente auf „wissenschaftliche“ Ergebnisse, erarbeitet von den zahlreichen DDR-Lehrstühlen für „wissenschaftlichen Sozialismus“, für „Marxismus-Leninismus“ usw.

Wer also der herrschenden Politik die Definitionshoheit streitig machen will, muss die ideologische Voreingenommenheit der universitären Politologie dekuivieren und damit deren Wissenschaftlichkeit relativieren.

[Fragebogen F 22]

10.7 „Diskriminierung“

„Diskriminierung“ ist heute ein Zauberwort: Angehörige einer Minderheit müssen es nur aussprechen und sich damit an eine der wie Pilze aus dem Boden sprießenden „Antidiskriminierungskommissionen“ wenden, und schon müssen sich Lehrer für Zensuren, die sie ausländischen Schülern gegeben haben, explizit rechtfertigen und Betriebe ihre „Zigeunersauce“, die sie seit 100 Jahren verkauft haben, in „pikante Sauce“ umbenennen. Immer schneller fühlen sich deshalb irgendwelche Angehörige von Minderheiten nicht nur diskriminiert, sondern reichen entsprechende Klagen ein und haben damit zunehmend Erfolg. Es gibt im deutschen Strafrecht zwar keinen eigenen Straftatbestand „Diskriminierung“, aber über die Paragraphen 85 („Beleidigung“) und vor allem 130 (sog. „Volksverhetzung“) bekommt in der deutschen Rechtssprechung die Diskriminierung von Migranten immer mehr die Bedeutung, die früher dem Straftatbestand „Majestätsbeleidigung“ zukam. Dabei geht es sehr oft nicht mehr um tatsächliche Diskriminierung von Migranten, sondern um eine Rechtfertigung deren zum Teil provokanten Verhaltens gegenüber der Mehrheitsbevölkerung. Durch diese vor allem von der EU vorangetriebene Umsetzung der „Antidiskriminierungspolitik“ in der Rechtsprechung wird die Mehrheitsbevölkerung zunehmend eingeschüchtert. Es entsteht eine politische

Atmosphäre, in der gerade bei der Diskussion von Zuwanderungsproblemen wesentliche Elemente von Meinungsfreiheit verloren gehen.

[Fragebogen F 23]

10.8 „Kulturrassismus“

Mit diesem Begriff verbindet sich eine besondere Taktik linker Argumentationsweise. Der Begriff *Rassismus* ist biologisch definiert und im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Rassenlehre entwickelt und allgemein diskreditiert, weil hier rassische bzw. biologische Gegebenheiten zu pauschalen Be- und vor allem Verurteilungen missbraucht wurden. Der Begriff *Kultur* dagegen ist nicht wie „Rasse“ ein biologischer, sondern ein geistiger Begriff. Mit dem Konstrukt „Kultur-Rassismus“ versucht man nun den Begriff *Rassismus* einfach aus dem biologischen in den geistig-kulturellen Bereich zu übertragen und dabei insbesondere die negative Konnotation mit hinüber zu nehmen, was nichts mit rationaler Argumentation, aber viel mit demagogischer Rhetorik zu tun hat.

Man verwendet beispielsweise den Begriff *Kulturrassismus*, wenn nicht explizit akzeptiert wird, dass alle Kulturen gleich hochstehend seien. Die christlich-europäische Kultur dürfte man dann beispielsweise nicht höher einschätzen als irgendwelche kannibalische Naturkulturen in Afrika. Wenn man sich mit solch abstrusen Ideen durchsetzen will, muss man natürlich erst einmal den Gegner als „kulturrassistisch“ diffamieren, und manche Linke bezeichnen inzwischen schon die bloße Verwendung des Begriffs „kulturelle Identität“ als „kulturrassistisch“. Man könnte das eine „kulturbarbarische“ Argumentation nennen.

[Fragebogen F 24]

10.9 Es gibt eine Menge solcher pseudopolitischer Kampfbegriffe: Klimaskeptiker, frauenfeindlich, autoritär, Machismus, eurozentristisch, Europaskeptiker, „Festung Europa“, „Modernisierungsverlierer“, Fundamentalismus, Verschwörungstheoretiker usw., die der Leser im Hinblick auf dahinter stehende demagogische Intentionen bedarfsweise selbst reflektieren kann. Näher eingehen will *ich* hier noch auf den Begriff „**Rechtspopulismus**“

Populismus bedeutet ein sich opportunistisches Anbieten bei der Bevölkerung. Das gibt es rechts und links, und das gibt es im extremistischen wie im gemäßigten Lager. Mit dem Begriff *Rechtspopulismus* tut man so, als würde es sich hier um ein spezielles Problem rechter Politik handeln. Gleichzeitig versucht man, was noch schlimmer ist, grundsätzlich rechtsdemokratische Kräfte als *Rechtsextremisten* zu desavouieren.

Sicherlich betreiben viele „Rechtspopulisten“ (proNRW u.ä.) eine mitunter sektiererische Politik: Man kann Islam-Gläubigen nicht ihren Glauben vorwerfen und schon gar nicht ihre religiösen Gefühle verletzen, indem man ihnen zum Teil obszöne Mohammed-Karikaturen unter die Nase hält. Man kann auch nicht vor Asylantenheimen demonstrieren und den Flüchtlingen, die dort wohnen, noch mehr Angst einflößen, als sie ohnehin schon haben. Im ersten Fall geht es darum, nicht den Islam, sondern den Islamismus, d.h. die aggressive Politisierung dieser Religion, zu bekämpfen, zum Beispiel durch Demonstrationen vor der türkischen oder der saudischen Botschaft oder auch dadurch, dass man hier Aktionen von Türken, die in Deutschland gegen den politischen Islamismus des Erdogan-Regimes

demonstrieren, unterstützt. Im zweiten Fall geht es darum, Aktionen gegen die Verursacher des Flüchtlingselends durchzuführen, vor allem gegen die interventionistische Politik der USA, die immer mehr Flüchtlingsströme produziert, die dann von Europa aufgenommen werden sollen.

Die Politik der Rechtspopulisten ist also in vielfacher Hinsicht kritikwürdig, was aber noch lange nicht bedeutet, dass sie extremistisch ist. Politischer Extremismus bedeutet Ausübung oder Billigung von Gewalt gegen solche, die politische Gewalt selbst weder verüben noch billigen. Dabei kommt es nicht nur auf direkte, sondern auch auf indirekte Billigung an. Wenn beispielsweise die NPD mehr oder weniger systematisch Kontakte zu gewaltbereiten Gruppierungen (sog. „Kameradschaften“ u.ä.) kultiviert, bedeutet dies eine indirekte Billigung politischer Gewalt. Das Gleiche gilt aber auch, wenn, wie zuletzt im Wahlkampf gegen die AfD erlebt, die Grünen mehr oder weniger systematisch Kontakte zu den gewalttätigen Linksautonomen pflegen oder zumindest dulden. Schließlich gilt es, wenn die PDS-Linke es toleriert, dass sich SED-Kader in ihren Reihen tummeln, die hohe Posten im Staatsapparat der DDR innehatten und so erhebliche Mitverantwortung für die Verbrechen dieses Terrorregimes tragen.

In diesem Sinn sind die sog. Rechtspopulisten auf jeden Fall *nicht* extremistisch. Wenn man dennoch versucht, sie in die extremistische Ecke zu drängen, isoliert man sie und treibt sie der NPD in die Arme, die dadurch gestärkt würde. Nicht zuletzt verzichtet man auf ein politisches Oppositionspotenzial, das im Hinblick auf eine total linkslastige etablierte Politik wichtig ist, weshalb wir es einbinden und nicht ausgrenzen sollten. Es geht darum, den rotgrünen Klassenkämpfern in diesen Fragen die Definitionshoheit zu entreißen.

[Fragebogen F 25]

11.0 Zur Charakteristik der AfD

In der AfD treffen sich zwei politische Strömungen: eine eher „wirtschaftstechnokratische“ und eine eher „fundamentaloppositionelle“. Die Begriffe sind nicht polemisch gemeint. Ich habe leider keine besseren gefunden. Vereinfachend und noch unpräziser könnte man natürlich auch von „Realos“ und „Fundis“ sprechen. Für die einen ist Politik im Wesentlichen eine erweiterte Makroökonomie. Mit wissenschaftlich fundierter Argumentation wollen sie die etablierten Konzepte attackieren. Den anderen geht es darum, ihre Unzufriedenheit mit der gesamten Politik der letzten 20 Jahre wieder parlamentarisch zum Ausdruck bringen zu können. Die bestehenden Parteien kommen für sie diesbezüglich nicht mehr infrage. Die opportunistischen Karrieristen in SPD und C-Parteien stoßen sie ab, die sog. Rechtspopulisten haben ihnen zu viel Stallgeruch der NPD.

Die AfD muss beide Strömungen vereinen. Wenn sich einseitig die technokratische Richtung durchsetzen würde, hätten wir eine „David Cameron-“ oder auch „Nigal Farage-Partei“. Sie könnte nicht annähernd den in der Mitte des Parteienspektrums frei gewordenen Platz aus- und die Erwartungen des hier vorhandenen Wählerpotentials erfüllen und würde schnell weit unter die 5 %-Hürde abrutschen. Wenn dagegen die Fundamentaloppositionellen die anderen hinausdrängen würden, bliebe eine „rechtspopulistische“ Partei zurück, die den Anschluss zur institutionalisierten Opposition, d.h. zum Widerstand, wie er auch *in* den etablierten

Parteien ohne Zweifel noch besteht, verlöre und alsbald in eine politische Außenseiterrolle geriete.

Man muss also gewillt sein, die Spannung zwischen beiden Strömungen zu einer neuen Einheit zu formen. Für die Programmdiskussion heißt das: Sie muss offen geführt und Denkverbote, z. B. im Hinblick auf die Nibelungentreue gegenüber den USA, müssen überwunden werden. Vor allem aber darf man sich, gerade beim Thema *Migration*, in keiner Weise von der Demagogie der Grünen einschüchtern lassen. In diesem Sinne sollten die hier dargelegten politischen und ideologisch-weltanschaulichen Grundpositionen diskutiert werden.

[Fragebogen F 26, F 27 und F 28]

Weitere **Informationen und Literaturverweise** unter www.wgmeister.de

12.0 Fragebogen zu diesem Diskussionspapier

Fragebogen F1:

- O-I Ich stimme der Position A vorbehaltlos zu.
 - O-II Ich stimme der Position A mit Einschränkungen zu.
 - O-III Ich stimme der Position B mit Einschränkungen zu.
 - O-IV Ich stimme der Position B vorbehaltlos zu.
-

Fragebogen F2:

- O-I Ich stimme der Position A vorbehaltlos zu.
 - O-II Ich stimme der Position A mit Einschränkungen zu.
 - O-III Ich stimme der Position B mit Einschränkungen zu.
 - O-IV Ich stimme der Position B vorbehaltlos zu.
-

Fragebogen F2a:

- O-I Ich stimme der Position A vorbehaltlos zu.
 - O-II Ich stimme der Position A mit Einschränkungen zu.
 - O-III Ich stimme der Position B mit Einschränkungen zu.
 - O-IV Ich stimme der Position B vorbehaltlos zu.
-

Fragebogen F3:

- O-IV Ich stimme der Position A vorbehaltlos zu.
 - O-III Ich stimme der Position A mit Einschränkungen zu.
 - O-II Ich stimme der Position B mit Einschränkungen zu.
 - O-I Ich stimme der Position B vorbehaltlos zu.
-

Fragebogen F4:

- O-I Ich stimme der Position A zu.
 - O-IV Ich stimme der Position B zu.
-

Fragebogen F5:

- O-I Ich stimme der Position A zu.
 - O-IV Ich stimme der Position B zu.
-

Fragebogen F6

Der hier gegebenen Darstellung der EU Situation

- O-I stimme ich vollständig zu.
 - O-II stimme ich mit Einschränkungen zu.
 - O-III stimme ich insgesamt nicht zu, auch wenn einzelne Teilaspekte zu treffen.
 - O-IV stimme ich nicht zu und halte sie für absolut unzutreffend.
-

Fragebogen F7

Den hier aufgeführten *Schlussfolgerungen* mit dem Ziel einer Resouveränisierung der Nationalstaaten

- O-I stimme ich zu.
 - O-II stimme ich mit gewissen Einschränkungen zu.
 - O-IV stimme ich nicht zu. Es genügt ein Einhalten der bestehenden Verträge, insbesondere der *no bail out*-Klausel.
-

Fragebogen F 8

- O-I Ich stimme der Darstellung des Migrationsproblems weitgehend zu.
 - O-II Ich stimme der hier gegebenen Darstellung mit Einschränkungen zu.
 - O-III Abgesehen von Einzelheiten halte ich diese Darstellung für falsch und überzogen.
 - O-IV Ich halte diese Darstellung für rechtsextrem.
-

Fragebogen F 9

- O-IV Ich stimme der Position A zu.
 - O-I Ich stimme der Position B zu.
-

Fragebogen F 10

- O-IV Ich stimme der Position A zu.
 - O-I Ich stimme der Position B zu.
-

Fragebogen F 11

- O-I Ich kann den Ausführungen über den politischen Islamismus weitgehend zustimmen.
 - O-II Ich kann diesen Ausführungen mit einigen Vorbehalten zustimmen.
 - O-III Ich kann einzelnen Ausführungen zustimmen, den Grundtenor dieser Darstellung lehne ich aber ab.
 - O-IV Ich halte diese Ausführungen für falsch und nicht hilfreich.
-

Fragebogen F 12

- O-I Ich stimme der Position A uneingeschränkt zu.
 - O-II Ich stimme der Position A zu, wobei ich mir in besonderen Einzelfällen eine Frauenquote vorstellen könnte.
 - O-IV Ich stimme der Position B uneingeschränkt zu.
-

Fragebogen F 13

- O-I Ich stimme der Position A zu.
 - O-II Ich stimme der Position B zu
 - O-III Ich stimme der Position C zu.
 - O-IV Ich stimme der Position D zu.
-

Fragebogen F 14

- O-I Ich stimme der Position A zu.
 - O-II Ich stimme der Position B zu.
 - O-III Ich stimme der Position C zu.
 - O-IV Ich stimme der Position D zu.
-

Fragebogen F 15

- O-I Ich kann den Ausführungen über Gesellschaftsmodelle, ethnokulturelle Homogenität und Multikulturalismus weitgehend zustimmen.
 - O-II Ich kann diesen Ausführungen mit einigen Vorbehalten zustimmen.
 - O-III Ich kann einzelnen Ausführungen zustimmen, den Grundtenor dieser Darstellung lehne ich aber ab.
 - O-IV Ich halte diese Ausführungen für falsch und für die AfD nicht hilfreich.
-

Fragebogen F 16

O-I Ich kann den Ausführungen über Nationalismus, Supranationalismus und Globalisierung weitgehend zustimmen.

O-II Ich kann diesen Ausführungen mit einigen Vorbehalten zustimmen.

O-III Ich kann einzelnen Ausführungen zustimmen, den Grundtenor dieser Darstellung lehne ich aber ab.

O-IV Ich halte diese Ausführungen für falsch und für die AfD nicht hilfreich.

Fragebogen F 17

O-I Ich kann den Ausführungen über Leitkultur und den Kampf der Kulturen weitgehend zustimmen.

O-II Ich kann diesen Ausführungen mit einigen Vorbehalten zustimmen.

O-III Ich kann einzelnen Ausführungen zustimmen, den Grundtenor dieser Darstellung lehne ich aber ab.

O-IV Ich halte diese Ausführungen für falsch und für die AfD nicht hilfreich.

Fragebogen F 18

O-I Ich stimme den Ausführungen zur Frage: *Gehört der Islam zu Europa* zu.

O-IV Ich stimme diesen Ausführungen nicht zu.

Fragebogen F 19

O-I Ich stimme den Ausführungen zum *Darwinismus als Weltanschauung* zu.

O-IV Ich stimme diesen Ausführungen nicht zu.

Fragebogen F 20

O-I Ich kann den Ausführungen über europäische Identität weitgehend zustimmen.

O-II Ich kann diesen Ausführungen mit einigen Vorbehalten zustimmen.

O-III Ich kann einzelnen Ausführungen zustimmen, den Grundtenor dieser Darstellung lehne ich aber ab.

O-IV Ich halte diese Ausführungen für falsch und für die AfD nicht hilfreich.

Fragebogen F 21

O-I Ich kann den Ausführungen über Totalitarismus und den Kampf gegen Rechts weitgehend zustimmen.

O-II Ich kann diesen Ausführungen mit einigen Vorbehalten zustimmen.

O-III Ich kann einzelnen Ausführungen zustimmen, den Grundtenor dieser Darstellung lehne ich aber ab.

O-IV Ich halte diese Ausführungen für falsch und für die AfD nicht hilfreich.

Fragebogen F 22

O-I Ich stimme den Ausführungen zum Thema *Überfremdung* zu.

O-IV Ich stimme diesen Ausführungen nicht zu.

Fragebogen F 23

O-I Ich stimme den Ausführungen zum Thema *Diskriminierung* zu.

O-IV Ich stimme diesen Ausführungen nicht zu.

Fragebogen F 24

O-I Ich stimme den Ausführungen zum Thema *Kulturrassismus* zu.

O-IV Ich stimme diesen Ausführungen nicht zu.

Fragebogen F 25

O-I Ich stimme den Ausführungen zum Thema *Rechtspopulismus* zu.

O-IV Ich stimme diesen Ausführungen nicht zu.

Fragebogen F 26

O-I Ich halte die Analyse bezüglich der AfD für richtig.

O-IV Ich halte sie für falsch.

Fragebogen F 27

Gesamturteil über dieses Diskussionspapier im Hinblick auf seinen Inhalt

O-I sehr gut

O-II gut

O-III mit einigen Ausnahmen eher negativ

O-IV unmöglich, schlecht

Fragebogen F 28

Gesamturteil über dieses Diskussionspapier im Hinblick auf seinen Nutzen für die
Programmdiskussion

O-I sehr hilfreich und inspirierend

O-II mit Einschränkungen hilfreich

O-III wenig hilfreich

O-IV kontraproduktiv, rechtslastig
